

Gegen den Nationalismus

Die Düsseldorf Arbeiterchaft über London

Drachmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 6. März.

Zur Besetzungsfrage hat heute eine stark besuchte Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und Parteidelegierten der in Düsseldorf 70 000 Mitglieder zählenden Freien Gewerkschaften Stellung genommen. Eine gegen wenige Kommunisten angenommene Resolution besagt, daß die Düsseldorf Arbeiterchaft keine Veranlassung hat, in das nationalpolitische Geschick mit einzustimmen, und daß man auch einer Besetzungsbehörde gegenüber den entschieden sozialistischen Standpunkt wahren werde.

Von kommunistischer Seite wurde der vergebliche Versuch gemacht, in einer eigenen Resolution den Generalkreisl zu empfehlen.

Aus Düsseldorf wird uns vom 4. März geschrieben:

Die Rhein-Westf. Zeitung enthält in ihrer Nummer von heute morgen folgende Notiz: „Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland“. Essen, 3. März. In einer heute abend abgehaltenen Generalversammlung hielt der ehemalige Beauftragte der deutschen Arbeiterräte in St. Petersburg, Otto Voth, einen Vortrag über die Beziehungen Deutschlands zu Sowjet-Rußland. Nach den vernichtenden Bedingungen, die uns in London auferlegt würden, käme für uns nur ein Anschluß an Rußland in Frage. Vorher müßte aber in Rußland die herrschende Diktatur in eine verfassungsmäßige Regierung, wie sie sich in einer Nationalversammlung verkörpern, ersetzt werden.“

Der hiesige Bezirkssekretär des A. D. G. S. und Vorsitzende der Betriebsrätezentrale für Rheinland und Westfalen, Heinrich Meyer, erludt uns, diesem öffentlichen Texten mit allergrößter Umsicht entgegenzutreten. In Rheinland und Westfalen denkt kein Mensch mit feinen gesunden Sinnen daran, die Schwierigkeiten und Gefahren der gegenwärtigen Situation durch hinverbrannte Spekulationen zu verschlimmern. Die Klassenbewußte Arbeiterchaft des Industriegebietes steht den kommenden Dingen in voller Ruhe entgegen. Sie wird ihre Rechte zu wahren wissen, gleichviel, ob diese von deutschen oder fremdländischen Ausbeutern bedroht werden.

Jedenfalls entbehrt es nicht eines besonderen Reizes, daß gerade ein schwerindustrielles Scharfmacherblatt mit einer so verwerflichen Tendenzmeldung kommt. Wir glauben, mit gutem Grunde annehmen zu dürfen, daß unter den Lesern dieser Zeitung sich höchst einflussreiche Leute befinden, die nicht erst seit gestern mit dem Gedanken spielen: „Schließlich besorgen die Franzosen unsere reaktionären Geschäfte doch noch besser als selbst die heutige deutsche Regierung.“

Die Erregung der Senatoren

III. Paris, 7. März.

Die Nachricht aus London wurde in den Wandelgängen des Senats ungeduldig erwartet. Alle Senatoren hatten sich zu diesem Zwecke eingefunden. Als die Nachricht bekannt wurde, daß die Alliierten in vollem Einvernehmen die Verhandlungen abgebrochen hatten, bemühten sich die Senatoren eine große Erregung. Der Abbruch der Beziehungen wurde jedoch einmütig gebilligt und Herr Briand wurde allgemein gelobt.

Belgische Maßnahmen

II. Brüssel, 7. März.

Der Ministerrat besprach heute morgen die Lage in London. Das Resultat der Besprechung war, daß Kriegsminister Deneux über Antworten nach London abreist, um mit dem dort anwesenden Minister des Aeußern und dem Finanzminister zu konferieren, und Maßnahmen zu treffen, die mit Rücksicht auf die weitere Besetzung Deutschlands erwünscht sein könnten.

Sperrung der oberschlesischen Grenze

Das Breslauer Polizeipräsidium teilt amtlich mit: Auf Anordnung der internationalen Kommission ist die oberschlesische Grenze von Mittwoch, den 6. März, morgens 8 Uhr an, gesperrt. Die Schiffe erhalten weiter das Visum, ebenso gelten die Ausweise für Eisenbahner. Bei Todesfällen und schweren Erkrankungen in der Familie ist der Chef des internationalen Passbureaus in Oppeln ermächtigt, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Es empfiehlt sich, die Einreiseerlaubnis telegraphisch zu beantragen. Das Visum wird von dem für den Wohnort des Gesuchstellers des zuständigen französischen Konsulats erteilt.

Der Zusammenstoß in Swinemünde

Zu dem von uns in unserer gestrigen Abendausgabe gemeldeten blutigen Konflikt in Swinemünde veröffentlicht das „Südrhein-Blatt“ eine eingehende Schilderung, die ein mehr als eigentliches Licht auf die offiziöse Darstellung des Reichswehrministers wirft. Danach handelt es sich nicht um einen Zusammenstoß zwischen Marineangehörigen und Zivilisten, sondern um einen Kampf zwischen rivalisierenden Marineteilen, und zwar zwischen Mannschaften der Küstenwache und der Marineflottille. Das Blatt teilt folgende Einzelheiten mit:

Seit einigen Wochen herrscht ein gespanntes Verhältnis zwischen den hier in Garnison befindlichen Truppen der Küstenwehrabteilung und der Halbschiffartillerie. Es ist schon wiederholt zu Schlägereien gekommen, bei denen auch einige Zivilpersonen aus Swinemünde eine gewisse Rolle spielten. In den letzten Tagen hatte die Spannung zwischen beiden Parteien sich in bedenklicher Weise gesteigert. Eine Anzahl Marinemannschaften der in Osternothafen liegenden Halbschiffartillerie und des Kreuzers „Swinemünde“ hatten an einer Versammlung in der Stadt teilgenommen. Dabei waren sie mit Mannschaften der Küstenwehrabteilung und ihnen feindlich gesinnten Zivilpersonen zusammengetroffen. Als sie um 12 Uhr nachts mit der letzten Fähre nach Osternothafen zurückfahren wollten, hatten sich am Bollwerk an der Fähre die Küstenwehrlente mit Waffen und Knüppeln eingefunden, und es kam zu einer Schlägerei, die der Kapitän des Fahrschiffes damit beendete, daß er für die Marineteute das Signal zum Absahren gab. Diese stürzten eilig auf den Fahrdampfer und glaubten der Gefahr damit entronnen zu sein. Da ereignete sich aber etwas Furchtbares: Aus der an Land zurückgebliebenen Menge wurde eine Granatgranate auf den vollbesetzten Fahrdampfer geworfen. Diese fiel auf das Oberdeck des Maschinenraums und explodierte. Da das Deck des Fahrschiffes dicht besetzt war, erkrankte eine furchtbare Panik. Es wurden 15 Personen schwer verletzt und drei getötet. Von den verletzten Passagieren schweben noch mehrere in Lebensgefahr. Zahlreiche Passagiere hatten sich über Bord geworfen und konnten an Land gerettet werden. Der Dampfer selbst ist auf Deck erheblich beschädigt.

Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich hier um rechtsradikalistische Vorbereitungen eines Teils der Marine-

An die Arbeiterschaft Deutschlands

Aus der Drachensaat, die der kapitalistische Weltkrieg über seine Leichenfelder ausgestreut hat, sprießen immer neue Konflikte hervor. Die kapitalistische Gesellschaft ist unfähig, sie zu bewältigen. Sie müßte Selbstmord begehen, wenn sie der Versöhnung der Völker, wenn sie dem wahrhaft dauernden Weltfrieden die Lebensmöglichkeit sichern wollte. Nur das Proletariat kann durch Schaffung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft der Menschheit dauernden Frieden gewinnen.

Da also Völkerkonflikte ein Lebensmoment der kapitalistischen Ordnung sind, führt das Streben nach ihrer Beseitigung uns immer wieder zu der Kampfarole:

Nieder mit dem Kapitalismus!

Das zeigt sich deutlicher als je in der tief aufwühlenden Krise, die durch die Ententeorderungen an das besiegte Deutschland heraufbeschworen wurde. Die an Deutschland gerichtete Entschädigungsforderung ist, abgesehen von dem prinzipiell richtigen Grundgedanken der Wiedergutmachung ausgeht, doch tatsächlich undurchführbar. Sie übersteigt die Leistungsfähigkeit der deutschen Produktion. Die Milliarden, die Deutschland zahlen soll, kommen praktisch auf die dauernde Lieferung von Waren in diesem Werte heraus. Das durch den Krieg verelendete deutsche Volk, die zerrüttete Volkswirtschaft können derartige ungeheure Warenmassen dem Auslande gar nicht liefern. Wäre das überhaupt möglich, so würde die Ueberschwemmung des Marktes der Ententeländer mit diesen Waren obendrein den dortigen Produktionsprozeß total zerrütten und

die französischen und englischen Arbeiter der Verarmung und der Verelendung aussetzen,

anstatt sie zu bereichern, wie die Wortführer des Ententekapitalismus ihnen vorzutreden suchen.

Daß diese Wirkung unausbleiblich ist, geht vollauf aus den Erfahrungen hervor, die die Ententeländer mit den auf Grund des Friedensvertrages Deutschland abgezwungenen Lieferungen jetzt schon gemacht haben. Die zwangswise aus Deutschland überführte Kohle unterbindet, indem sie den französischen Kohlenbedarf hinreichend befriedigt, die bisherige Kohlenausfuhr aus England in so hohem Maße, daß zahlreiche Gruben in Süd-Wales den Betrieb einstellen müssen, und daß Tausende von englischen Bergleuten auf der Straße liegen. Eine andere Erscheinung ähnlicher Art ist die, daß die großen Schiffswerften am Clyde und Tyne in Schottland stilllegen, weil die deutsche Handelsflotte restlos an die Entente abgeliefert werden muß und die englischen Reeder sich deshalb ihren Schiffsbedarf durch den Ankauf deutscher Schiffe weit billiger decken können, als wenn sie teure Neubauten auf den heimischen Schiffswerften in Bestellung geben.

So werden zwar die Kapitalisten in den Siegerländern die und fett wie zuvor, aber die Arbeiter dort haben genau so unter den Kriegswirkungen zu leiden, wie ihre deutschen Klassengenossen.

Die Ententemächte verknüpfen mit ihren Forderungen die Androhung neuer Zwangsmassnahmen. Solche Gewaltakte würden zwar das deutsche Wirtschaftsleben und besonders die deutsche Arbeiterschaft schwer schädigen, aber

die Reparationsmöglichkeit noch tiefer herabdrücken.

Die Verwirklichung der Ententeorderungen würde also den arbeitenden Massen in der ganzen Welt nur neues gemeinschaftliches Unheil bringen.

Indem wir als Vertreter des internationalen Proletariats gegen diese verderblichen Forderungen Verwahrung einlegen, weisen wir doch weit jede Gemeinschaft mit den kapitalistischen Parteien zurück, denen die Meinungsverschiedenheiten über die Ausführung des Friedensvertrages nur Anlaß zu neuer Völkerverhetzung geben.

Berlin, den 7. März 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Brühl, Crispian, Dittmann, Künstler, Vedelour, Ludwig, Moses, Nemij, Rosenfeld, Karl Schneider, Mathilde Wurm, Luise Zieg.

Die Landwirte für Wucherfreiheit

Kaum ist das Gesetz über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel und Preistreiberei in Kraft getreten, so sind auch die Wucherer schon wieder an der Arbeit, es zu unterminieren. Die Treiber dabei sind natürlich die Agrarier. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat an das Reichsjustizministerium eine Eingabe gerichtet, in der eine Abänderung des Gesetzes gefordert wird. Angeblich werden jetzt Verfehlungen der Landwirte gegen Vorschriften zur Regelung der Getreide- oder Milchversorgung zu hoch bestraft. Der Landwirt werde dadurch in verletzender und ungerechtfertigter Weise auf eine Stufe mit denjenigen Wuchern und Schleichhändlern gestellt, die, ohne selbst zu arbeiten, oftmals ohne die Ware gesehen zu haben, ihre Wuchergewinne einstecken, die Allgemeinheit aus schwerster Schädigung und vielfach sogar nur eine geringe Strafe erhalten. Zur Beseitigung dieser schweren, das Volksempfinden stark verletzenden Mißstände sei ein dringendes Erfordernis, daß der Begriff des Wuchers genau festgelegt und dadurch die Rechtsprechung in dieser Hinsicht auf einen festen Boden gestellt wird.

Diese Darlegungen sind durchaus adäquat. Im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung ist es dringend notwendig, daß der Schleichhandel an der Quelle, also bei dem Erzeuger, unterbunden wird. Von übermäßigen Strafen ist nichts zu spüren, im Gegenteil: die Landwirte finden bei ihren Verfehlungen wohlwollende Beurteilung und überreiche Milde bei den Gerichten. Im übrigen aber bestimmt das Gesetz ausdrücklich, daß nur vorläufiges Handeln der verschärften Strafe unterliegt.

Die Spekulation darauf, daß Deutschland einmal mit Waffengewalt in einem neuen Kriege die angebrochte wirtschaftliche Schrumpfung von sich abwenden könne, müßte von dem deutschen Proletariat selbst dann zurückgewiesen werden, wenn sie irgendwelche Aussichten auf Erfolg verheißt könnte. Ein neuer Krieg würde aber obendrein nur zu neuen Meutereien, zu neuen Verwüstungen, zur größeren Massenverelendung führen und das deutsche Volk dem völligen Untergange preisgeben.

Auch der „national-bolschewistische“ Rettungsplan kann aus gleichen Gründen Deutschland zur Rettung aus seiner Not nicht verhelfen. Der Grundgedanke eines kriegerischen Bündnisses zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland zur Niederzwingung des bis an die Zähne bewaffneten Ententekapitalismus würde aufs Neue Europa in zwei sich bekriegende Koalitionen zerteilen; der Kampf würde vielleicht etwas länger dauern, aber das Resultat würde dasselbe sein:

Menschenvernichtung, Güterzerstörung, Massenverelendung und Untergang.

Güterzerstörung, Massenverelendung und Untergang.

Für die Arbeiterschaft Deutschlands gibt es gegenüber dem drohenden Unheil nur den einen Rettungsweg, den die Internationale Konferenz revolutionärer Sozialisten in Wien dem Weltproletariat gemietet hat:

Die Arbeiterschaft eines jeden Landes muß, wie sie den Kampf im Innern gegen die einheimische Reaktion mit eigener Kraft und mit eigenen Mitteln zu führen hat, so auch dem imperialistischen Ausbeutungsdrang ihrer eigenen Machthaber in den Arm fallen. Nur indem das Proletariat in jedem Lande die internationale Solidarität im Kampfe gegen die Kapitalistenklasse betätigt, kann aus diesem gemeinsamen und gleichzeitigen Ringen die Menschheitsbefreiung hervorgehen.

Wir betrachten als unerläßliche Bedingung der Wiedergutmachung die

Internationalisierung der Kriegsschulden

und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgeuchten oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten oder verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktion- und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen.

Um diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen, fordert die Internationale Arbeitsgemeinschaft der revolutionären sozialistischen Parteien die Arbeiterschaft aller Länder auf zu einer

gemeinsamen internationalen Kundgebung am 13. März.

Ihr nächster Zweck ist, der von den Kapitalisten in Deutschland wie in den Nachbarländern geschürten Völkerverhetzung entgegenzutreten.

Genossinnen und Genossen, erscheint in den Versammlungen am Sonntag, den 13. März, zu wichtigen Kundgebungen:

Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme;

gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter in demselben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades;

zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse;

für die allgemeine Revision der Friedensverträge;

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker;

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität!

Die Eingabe der Agrarier ist also ein Vorstoß gegen die Verordnung überhaupt, d. h. ein Vorstoß für völlige Wucherfreiheit.

Der Aulock-Prozeß vertagt

III. Breslau, 7. März.

Der Aulock-Prozeß ist bis auf weiteres vertagt worden. Die Zeugenausagen haben wenig Interesse.

Studentenschaft und Politik

In Heidelberg fanden im Monat Februar zwei Studentenkongresse statt. Die auf demokratischem Boden stehenden Gruppen süddeutscher Universitäten wurden durch Vorträge über die demokratischen Probleme der gesamten Politik und Wirtschaftsgeschichte, über die Jugend- und Arbeiterbewegung zu Ausprägungen angeregt.

Die andere Zusammenkunft der Akademiker war von den Vertretern der monarchistisch gesinnten Richtungen, namentlich farbentragender, „schlagfertiger“ Verbindungen veranstaltet worden. Als Redner trat der frühere badische Staatsminister Freiherr v. Bodmann auf, der aber seine jungen Herren Collegen durch den Vortrag enttäuschte. Er empfahl ihnen, ihr politisches Draufgängerium zu mildern, um nicht den Kampf um die Frage nach der Staatsform zu führen sondern sich mit der geröteten deutschen Einheit zufrieden zu geben.

Die Studentenschaft der technischen Hochschule Karlsruhe wählte einen Ausschuß für das Sommersemester, der aus 42 Vertretern besteht, davon 12 als Hochmänner der Abteilungen der Schule. Die 30 übrigen gingen aus dem allgemeinen, geheimen Wahlrecht hervor, welches von 1181 Studenten (74 Prozent) ausgestellt wurde. Die Listen der Arbeitsgruppe und des Hochschulrats deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen und 28 Vertreter, die Sozialisten und die Juden erhielten je einen Vertreter.

Die Krise in Rußland

Von N. Abramowitsch

Die reaktionäre und konterrevolutionäre russische Presse in Europa bringt unausgesetzt alarmierende Nachrichten über eine in Moskau und Petersburg ausgebrochene „Revolution“. Es sollen Massenereignisse der Arbeiter unter der Führung von Sozial-Revolutionären und Menschewisten stattgefunden haben, Teile der Roten Armee sollen sich den Aufständischen angeschlossen haben, ganz Kronstadt und Petersburg befinden sich in den Händen der Kronstädter Matrosen, die mit dem General Kossowitsch zusammenarbeiten, Sinowjew soll von den Matrosen verhaftet worden sein, über Petersburg und dem Kreml seien weiße (!) Flaggen gehißt usw. Der Wunsch scheint hier wieder einmal der Vater des Gedankens gewesen zu sein.

Aber das natürliche Mißtrauen, das durch diese offensichtlich äußerst übertriebenen und zum Teil zweifellos glatt erfundenen Meldungen hervorgerufen wird, muß leider durch das Benehmen der Sowjet-Regierung bedeutend abgeschwächt werden. Nach der üblichen Art aller despotischen Regierungen, die ihren „Untertanen“ keine wie immer geartete Rede- und Pressefreiheit gewähren und ihnen, wie auch der Außenwelt nie die Wahrheit über die wirklichen Zustände im Lande sagen will und kann, bemühte sich die Regierung Lenins zunächst, die ganze Sache vollständig wegzuleugnen. Dann hieß es, die Feinde der Sowjet-Regierung übertrieben absichtlich einige in Moskau stattgefundenen unbedeutende Differenzen mit den Arbeitereigeneren Druckerei, um das Zustandekommen des englisch-russischen Handelsabkommens zu verhindern. Und schließlich endete man mit einem halben Eingeständnis, aus dem klar hervorgeht, daß in Moskau und Petersburg tatsächlich Arbeiterunruhen stattgefunden haben, denen sich in Petersburg, laut amtlicher Meldung vom 3. März, ein Aufstand, unter den Kronstädter Matrosen anschloß, die sich des Linien-schiffes „Petropawlowitsch“ bemächtigten und ein „Revolutionäres Komitee“ bildeten, dessen Forderungen von allen europäischen Radiostationen aufgesaugt wurden. Dieser Aufstand scheint bis zur Stunde noch nicht unterdrückt zu sein. Jedenfalls fehlen noch diesbezügliche amtliche Meldungen.

Die offiziellen russischen Meldungen bemühen sich, nachzuweisen, daß die Bewegung unter den Arbeitern lediglich auf eine kleine Unzufriedenheit wegen der Verminderung der Brotration zurückzuführen sei. Der Matrosenaufstand andererseits sei durch eine weißgardistische Verschwörung französischer Agenten und zaristischer Offiziere, unter der Führung des „zaristischen Generals Kossowitsch“ inszeniert worden.

Für jeden, der mit den Verhältnissen in Rußland einigermaßen vertraut ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß die offizielle Version über die Motive der Bewegung mit der Wahrheit nichts zu tun hat.

Die Ursachen der steigenden Unzufriedenheit der Arbeitermassen, wie auch der Bauern und Soldaten, liegen bekanntlich tiefer. Es ist in erster Linie die furchtbare wirtschaftliche Krise, die bereits seit langem das ganze Leben lähmt und sich nun zu einer Transport-, Bekleidungs- und Versorgungskatastrophe verschärft hat. In Petersburg stehen wegen Brennstoffmangels alle größeren Betriebe still (nach einer Meldung 64, nach anderen — ebenfalls amtlichen Meldungen — 94), darunter auch die Schora-Fabrik, eine der größten und wichtigsten in Rußland. In Moskau ist die Lage nur um wenig besser. Der Eisenbahnverkehr mußte auf den meisten Linien gänzlich oder zum größten Teil eingestellt werden. Alle Lebensmittelvorräte sind aufgebraucht und in den Hauptstädten herrscht Lebensmittelknappheit und Hunger.

Und dabei hat jeder Arbeiter und Rotarmist die feste Überzeugung, daß das Unglück nicht durch äußere Umstände, sondern durch die Fehler und die Unfähigkeit des herrschenden Regierungsapparates hervorgerufen ist. Man hat in dem eroberten Volk ungeheure Mengen Naphtha, im Donezbecken — Kohle vorgefunden; das ganze Jahr haben „Holzkomitees“ gearbeitet, die ungeheure Mittel verschlangen und nach ihren Angaben große Mengen Brennholz für den Verbrauch bereitstellten. Und nach allen diesen „Erfolgen“ muß die Arbeiterschaft frieren und die Fabriken und Eisenbahnen stillstehen. Nach den Angaben des Volkskommissars für das Ernährungswesen wurden kolossale Mengen von Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Butter u. dgl. angehäuft. Und trotzdem müssen die Arbeiter hungern.

Wie ist das zu erklären? Nur so, daß der Regierungsapparat die ganze Sache schlecht organisiert hatte, daß er vieles nicht vorausgesehen oder verkannt hat, kurz, daß er seinen gewaltigen Aufgaben nicht gewachsen war. Die Sachlage war so klar, daß Lenin in seiner Rede in der Sitzung des Moskauer Sowjet vom 1. März zugeben mußte, das schwere Fehler gemacht worden sind. Das war aber eine Bankrotterklärung, ein Geständnis, daß das bestehende Regierungssystem als Organisator der russischen Planwirtschaft völlig versagt hat.

Das war aber schon seit langem für die ganze Bevölkerung Rußlands kein Geheimnis mehr. Und der schroffe Gegensatz zwischen der totalen Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit des Regierungssystems und der von der allgemeinen Notlage so hart absteigenden privilegierten Stellung der höheren Beamten und der mit denselben intim verwaachsenen, zu einer Parteibureaucratie entarteten Oberschicht der Kommunistischen Partei, hat schon längst den stärksten Protest der Arbeiter hervorgerufen und in der letzten Zeit zu einer schweren Krise innerhalb der Kommunistischen Partei selbst geführt. (In Petersburg sind von 18 000 Mitgliedern 2000 Arbeiter aus der Partei ausgeschieden.)

Dazu kam noch die steigende Unlust der Arbeiter über das unerträgliche System des politischen und gewerkschaftlichen Terrorismus, das von der Kommunistischen Partei in Rußland aufgerichtet wurde. Durch Abschaffung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit ist den breiten Arbeitermassen jede geistige, politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit genommen worden. Infolge der rückwärtigen Unterdrückung aller anderen sozialistischen Parteien gab es für die Arbeiter keine Möglichkeit mehr, ihrem Willen, ihren Wünschen und Meinungen einen organisierten Ausdruck zu geben.

So wurde nach und nach die Atmosphäre geschaffen, die zu den gegenwärtigen Vorgängen in Moskau und Petersburg geführt hat. Und es ist nur ein bedauerlicher Zufall, wenn die Menschewisten nun behaupten, die jetzigen Unruhen als eine völlig bedeutungslose Angelegenheit hinzustellen.

Ebenso wenig läßt sich die Bewegung unter den Matrosen lediglich auf Intrigen französischer Agenten und zaristischer Generale zurückführen. Sicherlich gibt es in Rußland genug

Agenten verschiedener Großmächte, wie es auch nie an russischen Generalen fehlen wird, die bereit wären, sich an die Spitze bewaffneter Aufständischer zu stellen. Aber vor allem ist General Kossowitsch keineswegs der erste der „zaristische General“. Hauptmann Kossowitsch war einer der ersten Oberoffiziere, die sich im November 1917 auf die Seite der Bolschewisten stellten, der Sowjet-Regierung immer treu blieben und seinerzeit zum Kommandanten von Petersburg ernannt wurde. Er ist „zaristischer General“, nicht mehr und nicht weniger, wie es z. B. der Oberbefehlshaber der Roten Armee, General Kameneff, und andere, sind. Und andererseits, wie erklärt sich das, daß eifrige französische Agenten und ein paar „zaristische“ Offiziere die Kronstädter Matrosen, die Trotki einst als „die Zierde und den Stolz der russischen Revolution“ bezeichnete, zu einem Aufstand bewegen konnten? Es ist klar, daß auch in diesem Falle die wirklichen Ursachen viel tiefer liegen, als die amtlichen Meldungen das zugeben. Die Wahrheit ist, daß unter den Matrosen — wie auch in der aus Bauernsöhnen bestehenden Roten Armee — eine tiefe Enttäuschung über die bisher erzielten geringen wirtschaftlichen Erfolge und eine große Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen, insbesondere in bezug auf die Bauernschaft, herrscht. Speziell die Matrosen der Baltischen Flotte, selbst die Kommunisten, standen in Opposition zu der Regierung, und noch kurz vor dem Ausbruch des Aufstandes sind alle kommunistischen Matrosen (5000 Mann) aus der Partei ausgeschieden.

Andererseits haben sich in den führenden Schichten der Armee rein militärische Tendenzen herausgebildet, die unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen (Entrechtung der Volksmassen, übermächtige Stellung der Bureaucratie und der Armee v. a.) einen günstigen Nährboden für bonapartistische Stimmungen schaffen. Der Fall Kossowitsch ist unserer Meinung nach in diesem Sinne zu bewerten und hat daher eine viel wichtigere symptomatische Bedeutung, als die Sowjet-Regierung zugeben möchte.

Fassen wir das Gesagte zusammen und berücksichtigen wir, daß weite Gebiete Rußlands (Ukraine, Sibirien, einige Gouvernements Zentralrusslands) nach den Angaben der bolschewistischen Presse von Bauernaufständen ergriffen sind, die in den Frühjahrsmonaten in der Regel an Schärfe zunehmen, so berechtigt das zu der Behauptung, daß die Sowjet-Regierung in eine Periode schwerer Krisen eingetreten ist. Nicht etwa, weil sie militärisch nicht in der Lage wäre, die Anstände zu unterdrücken, sondern weil sie in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in eine Sackgasse geraten ist, aus der, bei Fortsetzung der bisherigen Politik, kein Ausweg zu finden ist. Das System der bolschewistischen Terroridiktatur hat sich überlebt, ist in Gegensatz geraten zu den Interessen der wirtschaftlichen Gesundung und Weiterentwicklung Rußlands.

Wird dies von der kommunistischen Regierung Rußlands erkannt, so ist es vielleicht noch nicht zu spät, durch eine radikale Aenderung der Politik und durch Verständigung mit anderen sozialistischen Parteien die russische Revolution vor dem drohenden Untergang zu retten.

Die spärlichen und unsicheren Nachrichten, die aus Rußland hierher gelangen, geben indes keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Sowjet-Regierung zu dieser Erkenntnis gelangt ist. Im Gegenteil scheint die Sowjet-Regierung zu den schärfsten Mitteln des Terrors und der gewaltsamen Unterdrückung gegriffen zu haben. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten wurden als „vogelfrei“ erklärt und nach den letzten Telegrammen in Massen verhaftet. Viele der bereits früher als Geiseln in Haft genommenen Sozialrevolutionäre und Menschewisten sollen erschossen worden sein!

Durch ihren ausländischen Nachrichtendienst — der merkwürdigerweise die Unterstützung der „Frankf. Zeitung“ und des Wolffbüreaus gefunden hat — verbreiten die Bolschewisten Gerüchte, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten „Aufstände“ organisierten und die Massen gegen die Regierung „aufreizten“.

Die Ablicht dieser Meldungen ist klar. Man sucht nach dem bekannten Polizeirezept, nach jenen „böswilligen Agitatoren“, die das „fromme Volk“ aufgereizt haben. Man braucht einen Sündenbock, auf den man die Schuld für die eigenen Fehler und Verbrechen abwälzen kann. Man braucht eine Rechtfertigung für alle Grausamkeiten, die man zu begehen gedenkt.

Es ist für diese Absichten bezeichnend genug, daß Lenin gegen die Menschewisten in Ermangelung anderer „Beweise“ nichts Besseres vorzubringen vermochte, als daß diese Partei, die nie Beziehungen zu den Bauern hatte, die den Weg von Butschen immer prinzipiell verwarf und vom ersten Tage der Bolschewistenherrschaft an die Methode des bewaffneten Kampfes gegen den Bolschewismus ablehnte, jetzt beschuldigt wird, bewaffnete Bauernverbände organisiert zu haben.

Der „Wahnsinn des Terrors“ scheint sich wieder der Bolschewisten zu bemächtigen. Wahrlich: Wen Jupiter verderben will, dem raubt er den Verstand!

Beharrt die bolschewistische Regierung auf diesem Wege, so nimmt die gegenwärtige Krise einen permanenten Charakter an. Elementare, unorganisierte Revolten der hungernden Massen werden zu einer chronischen Erscheinung werden. Mit der Unterdrückung und Vernichtung aller organisierenden Kräfte der sozialistischen Opposition schwindet die letzte Möglichkeit, eine furchtbare Katastrophe zu vermeiden und die russische Revolution zu retten.

Die jeder Führung beraubten Massen werden dann zu einer leichten Beute bonapartistischer „rot-weißer“ Generale oder der schwarzer Maske der unverfälschten Reaktion werden.

Kommt es zu diesem Ausgang, der den schwersten Schlag für die proletarische Bewegung der ganzen Welt bedeuten würde, so trägt die Kommunistische Partei Rußlands, die das Gebot der Stunde verkennt hat, die ganze Verantwortung dafür.

Die Lage in Kronstadt und Petersburg

DE. Tschiki, 6. März

Der Korrespondent des Ost-Express dröhelt von der russischen Grenze: Hier, in nächster Nähe von Petersburg, läßt sich feststellen, daß die meisten Zeitungsberichte über die Aufstandsbewegung in Sowjet-Rußland stark übertrieben sind. Sicher ist jedoch die Tatsache, daß die Erhebung der Kronstädter Matrosen gegen die Sowjet-Regierung noch andauert. Die Matrosen fordern die Einberufung einer Konstituante. Die Sowjet-Regierung hatte Verhandlungen mit den Aufständischen eingeleitet, indessen haben diese Verhandlungen bis zur Stunde noch zu keinen Ergebnissen geführt. Aus verschiedenen Quellen wird gemeldet, daß die Sowjet-Regierung im Falle eines Mißerfolges der Verhandlungen beschloß, Kronstadt durch Keschungen zur Kapitulation zu zwingen. Kronstadt befürchtet offenbar einen Angriff der Kommunisten. Alle Kronstädter Schiffsbesitzer leuchteten nach die Richtung Petersburg ab. Der Petersburger Arbeiter hat sich, nachdem sie von dem Kronstädter Aufstand Kenntnis erhalten

hatten, von neuem eine Erregung bemächtigt, obgleich sie durch die Massenverhaftungen eingeschüchert waren. Zu neuen offenen Aufständen in Petersburg ist es indessen bisher noch nicht gekommen. Es ist schwer, sich ein Bild über das gegenseitige Kräfteverhältnis von hier aus zu machen. Die bisherigen Zustände der Regierung haben weder in bezug auf die Verpflegungslage noch politisch eine Wirkung gehabt. Die Verpflegungslage Petersburgs ist bedrohlich. Während der letzten Woche ist der Brotpreis im freien Handel von 1000 auf 5000 Rubel für das Pfund gestiegen. Die Stimmung ist äußerst gespannt, man kann sich auf unerwartete Ereignisse gefaßt machen. Auffallend ist, daß trotz der günstigen Witterung hier seit drei Tagen keine Flüchtlinge aus Petersburg eintriften, deren regelmäßige Anfuhr sonst täglich zu verzeichnen war.

Neue Unruhen in Irland

H. London, 7. März

In Irland haben während der letzten 48 Stunden die Unruhen sehr zugenommen. Ein Ueberfall von etwa 500 Sinnfeindern in der Grafschaft Cork endete mit dem Tode des Generals Cumming und mehreren Offizieren und Soldaten. In Dublin fanden verschiedene Bombenangriffe statt. Mehrere Brände brachen aus. Auch in der engeren Umgebung von Newcastles wurden verschiedene Brände gelegt, u. a. in ein Petroleumdepot.

Das Einkommen der planmäßigen Eisenbahnbeamten

Nach dem Abschluß der letzten Besoldungsbewegung der Eisenbahner und nach der Bewilligung der durch eine Verständigung zwischen den Gewerkschaften und der Regierung zustande gekommenen jüngsten Gehaltserhöhungen durch den Reichstag, ist in der Öffentlichkeit ein großes Aufsehen gemacht worden von den großen Opfern, die das Reich für die Besserung der Lebenshaltung seiner Beamten gebracht hat. Wie niedrig das Niveau ist, auf dem sich diese Lebenshaltung noch immer bewegt, zeigt eine tabellarische Uebersicht über die Anfangs- und Höchstehälften, die den Beamten vom 1. Januar 1921 abzuzahlen sind, die der „Deutsche Eisenbahner“, das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes, veröffentlicht.

Zu den ausgeführten Zahlen bemerkt das Blatt, daß es vor dem Kriege bei den Millionenüberschüssen der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen leicht gewesen wäre, den Beamten angemessene Gehälter zu zahlen. Damals aber sind jene Riesenerlöse auf Kosten einer ganz menschenunwürdigen Beschäftigung der Beamten erzielt worden. Was damals veräußert wurde, mußte jetzt nachgeholt werden, und die Forderungen der Eisenbahner müßten bei aller Zurückhaltung gegenwärtig deswegen höher sein als angefaßt der Finanzlage des Reiches wünschenswert wäre, weil die Gehälter seinerzeit mit Gewalt niedrig gehalten worden sind. Das Blatt schreibt sodann:

Um den steigenden Bedürfnissen einer noch so bescheidenen Lebensführung einigermaßen gerecht zu werden, hat auf das Drängen der Gewerkschaften hin, der Reichstag sich zu zweimaligem „Griff“ in die Staatskasse entschließen müssen und zwar:

1. mit der Bewilligung einer Erhöhung des Teuerungszuschlags zu den Kinderzuschlägen ab 1. Oktober 1920 von 50 Prozent auf 150 Prozent in Ostklasse A, 125 Prozent in B, 100 Prozent in C und 75 Prozent in D und E.

2. mit der Erhöhung des Teuerungszuschlages zum Grundgehalt und Ortszuschlag ab 1. Januar 1921 von 50 Prozent auf 70 Prozent in Ostklasse A, 67 Prozent in B, 65 Prozent in C, 60 Prozent in D und 55 Prozent in E.

Was ist nun bei alledem herausgekommen? Die tabellarische Uebersicht, die der „Deutsche Eisenbahner“ veröffentlicht, ergibt für die Gehaltsgruppe I (Schrankenwärter) ein Anfangsgehalt in der niedrigsten Ostklasse von 9650 M. und ein Höchstgehalt in der höchsten Ostklasse von 18 300 M. Davon gehen an Steuerabzügen ab 878 bzw. 2625 M., so daß an wirklichem Einkommen übrig bleiben in erstem Falle der ausgeprochenen Hungerlohn von 8972 M., im anderen Falle ein Einkommen von 15 785 M., das für die teuersten Orte des Reiches Geltung hat. Aber selbst verhältnismäßig hochgestellte und verantwortliche Beamte beziehen Gehälter, die das Existenzminimum nicht erreichen. So zeigt die Tabelle z. B. für die Gehaltsgruppe VII (Technische und nichttechnische Obersekretäre) ein Anfangsgehalt von 13 890 M. in der niedrigsten und ein Höchstgehalt von 25 610 M. in der teuersten Ostklasse an. Davon gehen an Steuern wiederum ab bei dem niedrigsten Gehalt 1610 M., so daß ein wirkliches Einkommen von 12 270 M. verbleibt. Von dem genannten Höchstgehalt werden 4888 M. an Steuern abgezogen, so daß ein wirkliches Einkommen von 21 022 Mark gezahlt wird. Von hier ab allerdings steigen die Gehälter in erheblicher stärkerer Progression, woraus sich aber nur ergibt, daß gerade für die zahlreichen Gruppen von niederen und mittleren Beamten die Gehälter der Beamten auch jetzt noch auf einer außerordentlich niedrigen Stufe stehen.

Das Reich ist also immer noch ein sehr schlechter „Arbeitgeber“. Der „Deutsche Eisenbahner“ hebt mit Recht hervor, daß die Reichsbesoldungsordnung nur als Grundlage zu weiterem Aufbau anerkannt werden könne. Zum Schluß tritt das Blatt dafür ein, daß die Restrukturierung, die sich auch bei den Beamten endlos aufgehäuft haben, niedergeschlagen werden sollen. Die Frage ist noch in der Schwebe, aber es wird niemandig sein, daß sie sehr bald erledigt wird, damit die Beamten und Arbeiter und Angestellten, die es alle zusammen angeht, von der drückenden Sorge befreit werden, woher sie die Mittel zur Zahlung dieser Restrukturen nehmen sollen.

Das versteckte Getreide. In Baden werden politische Ausschüsse auf den Dörfern nach versteckten Getreidevorräten gehalten. In fünf Ortschaften bei Tauberbischofsheim fand man in den Bauernhöfen 2000 Zentner verschiedene Getreidearten.

Aus der Partei

Der Bezirk Pfauen der U. S. V. D. hielt am vergangenen Sonntag in Reichenbach einen Parteitag ab, an dem gegen 500 Personen als Delegierte oder Gäste teilnahmen. Die Organisation unserer Partei in diesem von der Arbeitslosigkeit in furchtbarem Maße heimgegriffenen Gebiete, hat trotz aller Parteiwirren sich verhältnismäßig gut gehalten. Der Verlust durch die Spaltung betrug nur fünfzehn Prozent. Seit Anfang dieses Jahres ist wieder ein erfreuliches Wachstum zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl bereits wieder 9000 gegen 10 000 vor der Spaltung beträgt. Die finanzielle Lage der Organisation ist durchaus gut. Einmütig wurde eine Neuregelung der Beitragsleistung beschlossen. Männliche wie weibliche Mitglieder der Partei zahlen ab 1. Juli einen Wochenbeitrag von 50 Pf., wofür den Genossen „Die Kampfzeit“ umsonst geliefert wird. Zur Bewältigung der Kampftätigkeiten wurde beschlossen, neben dem in Pfauen bestehenden Bezirksparteisekretariat ein zweites Sekretariat in Weiden zu errichten, wozu die finanzielle Grundlage bereits geschaffen ist. Die Tagung bot ein erfreuliches Bild ersten, entschlossenen Vorwärtstrebens unserer Partei in diesem Bezirk.

Groß-Berlin

Vom Charlottenburger Wohnungsamt

Zu den Betrügereien des Immobilienmaklers Groß teilt das Charlottenburger Wohnungsamt folgendes mit: Der Immobilienmakler Groß hat seine Betrugsversuche auch an Charlottenburger Wohnungssuchenden gemacht und die Dreistigkeit befehlen, zur Begründung seiner Provisionsvorschußansprüche einen Beamten des Charlottenburger Wohnungsamtes der Befähigung zu bezichtigen. Der Magistrat Charlottenburg hat darauf die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Die Untersuchung ergab die völlige Grundlosigkeit der Verdächtigungen.

Hier liegt wieder ein Fall vor, in dem Beamte des Wohnungsamtes grundlos der Befähigung geziehen werden. Behauerweise ist ein Teil des Publikums gar zu sehr geneigt, solchen Verdächtigungen leicht Glauben zu schenken und durch Weitertragen derartiger schwindelhafter Mitteilungen das Vertrauen zu den Wohnungsämtern zu erschüttern. Das Wohnungsamt hat wiederholt darum gebeten, das Publikum möge ihm seine schweren verantwortungsvollen Aufgaben erleichtern, durch sofortige Mitteilung aller bekannt werdenden Fälle von Beamtenbefähigungen und Wohnungsforderungen. Es wird dann stets eine gründliche Untersuchung eingeleitet werden.

So sehr die Wohnungsämter Veranlassung haben, um die Unterstützung durch das Publikum zu erhalten, so muß doch aber festgestellt werden, daß diese Behörden vielfach das Publikum so behandeln, daß die Bereitschaft zu ihrer Unterstützung wirklich nicht gefördert wird. Wir erhalten wegen einer Entscheidung des nicht geschilderten Charlotter Wohnungsamtes folgende Zuschrift:

„Der Leiter des Charlottenburger Wohnungsamtes erteilt wahrhaft salomonische Ratsschlüsse. Ich bin seit meiner Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft (November 1919) dort als Wohnungssuchender eingetragen und habe seit dieser Zeit alles versucht, um in den Besitz einer bescheidenen Wohnung zu kommen. Auf einen in den Besitz einer bescheidenen Wohnung zu stellen, erschien ein Beauftragter des Amtes, den ich Oktober 1920 stellte, erschien ein Beamter, welcher erklärte, daß der Raum, in dem ich wohne, unmöglich von zwei Personen länger bewohnt werden könne und möglicherweise eine Wohnung in Aussicht. Der Beamte stellte in absehbarer Zeit eine Wohnung in Aussicht. Der Beamte wohnt in einem selbstausgestelltem kleinen Ofen zum Wasserleitungs, mit einem selbstausgestelltem kleinen Ofen zum notwendigen Kochen. Gleichzeitig ist das Zimmer Wohn-, Schlaf- und Aufbewahrungsort für Kohlen, Holz, Kartoffeln u. s. w. Der Beamte des Amtes lautete: Sie können in die Dringlichkeit nicht aufgenommen werden. Die Folgeerscheinung des weiteren Wohnens in diesem Zimmer war ein Lungen-Infarkt meiner Frau; auf das eingereichte ärztliche Attest kam derselbe abschlägige Bescheid. Nun reichte ich eine Beschwerde beim Magistrat ein, der hierauf erfolgte Bescheid kommt ausgerechnet mit derselben Unterschrift wie alle anderen Bescheide vom Wohnungsamt. Dann heißt es unter anderem: Wir stellen Ihnen deshalb nun anheim, sich ebenfalls wegen möblierter oder leerer Zimmer zu bemühen usw.“

Meint das Charlottenburger Wohnungsamt, daß bei einem solchen Bescheid, der doch nur ein Beispiel ist, die Neigung zur Unterstützung der Behörden beim Publikum wächst? In dieser Stelle ist schon mehrfach nachgewiesen worden, wie viel offensichtliche Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Wohnräume besteht werden kann. Wenn die Wohnungsämter in dieser Richtung eine entschiedene Tätigkeit entwickeln, dann werden sie auch mit weniger Mißtrauen betrachtet und mehr unterstützt werden!

Soziale Staffelung des Schulgeldes beantragt

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorsitzers Dr. Wenig tagte am Montag im Rathaus der Stadtverordnetenrat, zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Erhöhung des Schulgeldes von 240 M. auf 500 M. pro Jahr an den Berliner Volksschulen (Ganztag, Gymnasium, Realgymnasium) und von 120 M. auf 300 M. für die Real- und Mittelschulen für Mädchen. Nach eingehender Beratung wurde die Magistratsvorlage abgelehnt. Von unseren Genossen wurde beantragt, den Magistrat zu ersuchen, der Berliner Stadtverordnetenversammlung baldigst eine Vorlage vorzulegen, wonach das Schulgeld im Sinne einer sozialen Staffelung erhoben werden soll.

(In Hamburg ist eine derartige Staffelung, beginnend mit einem Einkommen von 15 000 M. schon eingeführt.) Der Magistrat soll ferner erucht werden, darauf hinzuwirken, daß die zuständigen staatlichen Behörden eine allgemeine Schulpflicht einführen, wonach auch kinderlose Familien zu den Kosten für die Schule und Erziehung beizutragen verpflichtet würden. Der Ausschuss stimmte dem Antrag zu. Die Antragsteller begründeten den Antrag eingehend und führten dabei aus, daß die soziale Staffelung etwa bei einem steuerbaren Einkommen der häuslichen Gemeinschaft (einkl. der in einem Haushalt vereinigten Personen) bis zu 20 000 M. von einem Schulgeld absteht. Bei einem Einkommen von mehr als 20 000—25 000 M. werden für das erste Kind 200 Mark, für das zweite Kind 100 M., und für weitere Kinder nichts erhoben. Das höchste Schulgeld soll indessen eine bestimmte Summe, etwa 1000 M. pro Jahr, nicht übersteigen, um wohlhabenden Eltern keinen Anreiz zu bieten, ihre Kinder in Privatschulen unterrichten zu lassen. Das Schulgeld soll dann nicht mehr durch die Schule bzw. von den Lehrern, sondern von der Steuerbehörde aus besonderen Ermäßigungen heraus eingezogen werden. — Lehrern und Mitschülern wird dadurch jede Kenntnis von der finanziellen Leistung der Eltern entzogen.

Strassenbahnhaltestellen mit Linienbezeichnung

Schon vor dem Kriege bestand die Absicht, die Strassenbahnhaltestellen mit Hinweisen auf die an ihnen vorüberfahrenden Linien zu versehen. Die Arbeiten, die seinerzeit unmittelbar vor dem Abschluß standen, sind in der Zwischenzeit wieder aufgenommen und zu einem gewissen Ende geführt worden. In diesen Tagen werden in der Leipziger Straße vor Wertheim und dem Kriegsministerium, sowie auf dem Leipziger Platz und Potsdamer Platz, in der Bubapfeiler Straße, Königgräber Straße und Lützowstraße verschiedene (insgesamt neun) Entwürfe für neuartige Haltestellen zur Aufstellung gelangen. Neben einer einfachen Ergänzung der vorhandenen Haltestellen durch Hinzufügung der Nummern der sie berührenden Linien wird ein neues Haltestellenmuster zu sehen sein, das in einem weiteren Ausbau des vorhandenen „Fahnen“-Systems besteht. Daneben werden völlig neue Gesichtspunkte bei den übrigen Entwürfen in Erscheinung treten, dadurch, daß die Haltestellen- und Oberleitungsmaße mit Säulen- und obeliskenartigen Umkleidungen versehen und zu einer Auskunftsstelle ausgestaltet werden, die nicht nur die Liniennummern, sondern auch den Endpunkt sowie zum Teil die Namen der noch zu durchfahrenden Strassenzüge anzeigt. Sämtliche Entwürfe weisen daneben Freisflächen zur Aufnahme von Reklameanzeigen auf. Zum Teil werden die künftigen Haltestellen Beleuchtungsmöglichkeiten bieten, die aber vermutlich erst dann werden in Erscheinung treten können, wenn die zeitigen Kohlen- und Stromschwierigkeiten überwunden sind.

Durch die Neuerrichtung der Haltestellen wird eine wesentliche Verbesserung für das fahrende Publikum, insbesondere für die Ortsfremden, geschaffen. Daß daneben bei der außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens darauf Bedacht genommen werden muß, die Aufwendungen durch Vermietung von Reklamezeitschriften wieder hereinzubekommen und einen möglichst erheblichen Ueberschuß zu erzielen, erscheint nur natürlich.

Die Vorgänge im Osthafen

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich am 4. März mit den unheimlichen Vorgängen im Osthafen, um sie parteipolitisch auszunutzen. Nicht einmal die sachlichen Angaben treffen zu. Ob das Material des Magistrats wurmstichig ist, wird die Stadtverordnetenversammlung zu beurteilen in dieser Woche Gelegenheit haben. Falsch ist auch die Behauptung, daß das Anlagematerial von dem Stadtverordneten Koch herrührt. Die Zustände auf dem Osthafen, betreffend Sicherheit der dort lagernden Güter, sind bis in die letzte Zeit derartig gewesen, daß kein anständiger Mensch sie verteidigen kann. Allerdings trägt die frühere Betriebsleitung rechtlich hierfür die Verantwortung. Der Bericht des Magistrats in der nächsten Stadtverordnetenversammlung dürfte auch die „Rote Fahne“ überzeugen, daß das auf dem Osthafen eingeriffene System mit Stumpf und Stiel ausgetrotet werden muß.

Die Berliner Friedhofsnot

Die Erweiterung der Berliner Gemeindefriedhöfe ist dringend notwendig. Nach einer in der letzten Sitzung des Verwaltungsrats für Park- und Friedhofsangelegenheiten gegebenen Uebersicht, sind auf den 65 Gemeindefriedhöfen der neuen Stadtgemeinde Berlin nur noch 23 000 Plätze frei, während die jährliche Belegungszahl allein 22 000 beträgt. In einem Jahr würden also alle Berliner Gemeindefriedhöfe voll besetzt sein. Es ist daher zu begrüßen, daß die seit langem schwebenden Verhandlungen

über die Erweiterung des städtischen Friedhofs Friedrichsfelde jetzt zum Abschluß gelangt sind. Der Magistrat hat dem Anlauf eines 54 Morgen großen, an den jetzigen Friedhof angrenzenden Geländes, aus dem Besitz des Landrats von Treseow, für den Preis von 3,8 Mill. M. zugestimmt. Die Erweiterung ist zweckmäßig, weil die notwendigen Baulichkeiten, die sonst erst unter hohen Kosten errichtet werden müßten, bereits vorhanden sind. Auch in den Vorortgemeinden stellt sich immer mehr die Notwendigkeit heraus, die Gemeindefriedhöfe zu vergrößern, so in Neudamm, Niebüll, Niederschöneweide, Wannsee usw. Neudamm hat zur Erweiterung seines neuen Friedhofs in Rudow 75 Morgen Gelände gekauft. Die Gärtnerei ist schon angelegt, aber die sonstigen Anlagearbeiten sind aus Mangel an Mitteln ins Stocken geraten. Zur Durchführung der ersten Baulichkeiten und Anlagen sind noch 5 Millionen erforderlich; der Magistrat soll um Bewilligung dieser Mittel ersucht werden. Wegen der Erweiterung der anderen Gemeindefriedhöfe sollen die Bezirksämter noch genauere Anschläge einreichen, und zwar unter Berücksichtigung der größten Sparjamkeit.

An die Berliner Distrikte! Die Mitteilungsblätter sind, soweit bisher noch nicht gefahren, vom Parteibureau, Breite Straße 8-9, Hof rechts, 1 Treppe, noch heute im Laufe des Tages abzuholen. Die Geschäftsleitung.

Die Deputation für Arbeit und Gewerbe hat gestern beschloffen, als Vertreter der Erwerbslosen der neuen Stadtgemeinde Berlin nur die Erwerbslosen anzuerkennen, welche von den Erwerbslosen innerhalb der einzelnen Gewerkschaften gewählt sind. Dieser Beschluß tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Die Soc. Proletarierjugend, Gruppe Westen, veranstaltet am kommenden Sonnabend, den 12. d. M., in der Schulaula Winterfeldstr. 16, 1/8 Uhr, einen Kunstabend, unter Mitwirkung von Eugen Brieger, Konzertänger, Grete Meyer, Pianistin, und Georg Rendschlohn, Rezitation. Eintrittskarten zum Preise von 2 M. sind bei Döring, Steinmetzstr. 23 und der Zentrale der S. P. J., Breite Str. 8-9, zu haben. — Da das Programm erstere künstlerische Genüsse verspricht, sei der Besuch dieser Veranstaltung den Genossinnen und Genossen dringend angeraten.

Neue Güterdiebstähle auf dem Stettiner Bahnhof, die im letzten Jahre einen größeren Umfang angenommen hatten, sind durch die Arbeit der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion aufgeföhrt worden. Auf diesem Bahnhof fehlte seit Monaten in gewissen Zeiträumen bald diese, bald jene Sendung, und die Arbeit der Ueberwachungsabteilung war zunächst vergeblich, weil die Täter es in geschickter Weise verstanden, unentdeckt und immer andere Verloren zu gewinnen, die ihre Auftraggeber selbst nicht kannten. Jetzt endlich sind diese Diebstähle zum größten Teile durch die Verhaftung der zwei Haupttäter aufgeklärt worden. Seit Monaten hatte die Ueberwachungsabteilung den Bahnhof eingehend beobachtet und auch eine Reihe von Sendungen, die an den unrichtigen Empfänger ausgeliefert worden waren, angehalten, ohne den Haupttäter fassen zu können. Dieser war der erst 23jährige, aber bereits verheiratete Dienstanfänger Heise aus der Hochstraße, der in raffiniertester Weise Urkundenfälschungen beging und sich auf diese Weise in den unrechtmäßigen Besitz von Gütersendungen setzte. Sein Komplize war der „Handelsmann“ Reichel aus der Neuen Hochstraße, der Güter durch fremde Kutscher oder aber durch Dienstmänner abholen ließ, selbst jedoch nie auf der Bildfläche erschien, so daß es unmöglich war, seinen zunächst habhaft zu werden. Die meist aus mehreren Stücken bestehenden Sendungen Eier, Zigarren, Zigaretten, Gänse, Fleisch usw., wurden verkauft und für den Erlös, namhafte Beträge, führten beide ein flotties Leben. Beide wurden dem Untersuchungsrichter zugeführt. — Auch in Niederschöneweide-Johannisthal verhafteten zwei ungetreue Bahnarbeiter sich in den Besitz zweier hochwertiger Wagenladungen zu sehen. Trotz geschickter Föhllung wurde dieser Versuch aber durch Ueberwachungsbeamte aufgedeckt und weiterhin die Unterschlagung einer Sendung von 6 Ballen Tuch durch die gleichen Täter veruntreut worden. Diese hochwertige Sendung konnte durch Beschlagnahme zum größten Teil gerettet werden.

Messingdiebstähle in Personenwagen. Die Messingteile, Schrauben, Längsgriffe usw. der Personenzüge der Stadt- und Vorortzüge stellen einen erheblichen Wert dar und sind so bei den Langsängern ein vielbegehrter Artikel. Die Bekämpfung dieser „Spezialisten“ ist jedoch äußerst schwierig und kann nur dann von Erfolg sein, wenn die Reisenden selbst an der Bekämpfung dieser für den Verkehr und die Sicherheit der Betriebsmittel gefährlichen Diebstähle mithelfen. Da durch die Entfernung einzelner Schrauben an Schloßern usw. das Auspringen der Türen erleichtert wird, so können durch die Diebstähle größere Unfälle leicht herbeigeföhrt werden. Daher liegt die wirksame Bekämpfung der Messingdiebstähle auch im Interesse der Reisenden selbst. Außerdem hat auch die Eisenbahndirektion für die Ermittlung von Dieben von Messingteilen Belohnungen ausgesetzt.

Die Wallfahrt nach Sinos

Von Max Hochdorf.

(1. Fortsetzung.)
Ja, es schien so, denn die Lämmlein versuchten, all ihre Glieder in den Wollpelz hineinzuziehen, und sie rieben sich, tröstende Berührung suchend und furchsam aneinander, und sie schlossen mit Eifer die Augen, und sie klagten auf, da sie den eben ertungenen Raum ihrer Ruhe noch verringern sollten. Sie hatten alle Ursache zur Sorge, wurden sie doch von neuem geschoben, getreten, zerknüsst und gequält, wie auch all die übrigen Wesen an Bord, wie auch die Frauen, wie auch die Mädchen, wie auch die Kinder.
Es galt, der Reisenden aus dem verrufenen Hause einen Weg und einen Platz zu schaffen. Es galt, die Berührung mit dieser Frau zu vermeiden und eine Art Einsidnsel und trennendes Gefängnis um sie abzuschneiden. Keiner sagte es, aber alle dachten es: Teht dampfen wir hinaus, um ein Stück Osterleichtigkeit einzuatmen, und nun werden wir durch ein Stück Menschenauswurf und Menschenausfah besudelt. Vorsicht! Vorsicht! Keine Gemeinlichkeit damit! Unsere Bittfahrt, unsere Gnadenfahrt darf um keinen Preis verzeitt werden!

Und die verachtete Frau lächelte nur; immer gleichmäßig. Mit ihrem geschminnten Gesicht, auf dem die Jochbeine wie rot entzündete Rundflächen herausgeschoben wurden, sah sie, einsam lächelnd, da. Alle Reisenden waren zusammengepfercht, um sie allein hatte man eine leere Grenze gezogen. Der trennende Streifen lag breit zwischen den Frommen und der verachteten Frau. Mitso, der taubstumme Matrose, kam vorbei. Er spudte boshaft und ausgebracht über den Grenzstreifen, der die Feindschaft einzeichnete. Es geschah sogar, daß Speisereste über die Grenze geschleudert, und daß Tabakstunde und Kaffeeflah aus den Tassen hinübergeschüttet wurden. Die verachtete Frau wußte sich nicht zu wehren. Sie blieb still und lächelte nur.
Sie lächelte noch, als der Mond schon aufgegangen war, ihr unaufhörliches, beschämendes Lächeln, das auf ihrem Gesichte wie der Ausfah lag. Sie lächelte noch, als die Sterne schon aufgegangen waren, und durch die Leere der Welten unendlichkeit, der Milchstraße und des Sternschnuppenglimmers ein bleiches, geisterndes Licht zum Meere hinunterregnete. Der geheimnisvolle Glanz und das beunruhigende Flackern des Firmamentes, all das, was

silbern aus dem Dunkel hervorbrandete, das zog eine Stunde lang wohl die aufmerksamen Augen der übermüdesten Reisenden an; dann aber krochen die Kinder feuchend zu ihren Müttern, und die Männer suchten den Schutz der Frauen, die sich noch am längsten wach hielten, und die jungen Mädchen allein rieben die Augenlider rot. Denn die Mädchen konnten nicht einschlafen, weil sie immer wieder aus ihrem Inneren aufgejagt wurden. Sie fanden keine Ruhe vor Ungeduld, noch ein Stücklein von dem Anblick der verkehrten Frau zu erblassen.

Auch die zum Tode verurteilten und zur Ehre Gottes bestimmten Tiere hatten jetzt die Winkel und Grüblein entdeckt, wo sich eines in den Körper des anderen einschmiegen konnte, um der einschläfernd gütigen Wärme des Nachbar-tieres nicht verlustig zu gehen.

Und Stille herrschte über das ganze Deck des Wallfahrerschiffes.

Nur der Kapitän schritt mit festem Schlag des Schrittes über die Kommandobrücke. Er war zufrieden, daß er auf die Sterne vertrauen konnte. Sein Ohr horchte nach dem mächtig arbeitenden Maschinenengewebe des Schiffes. Manchmal blieb er stehen, und er spannte sich, und während er die Augen weit aufriß und seine Kalennüstern flattern ließ und die Ohrmuscheln bis zur raschenden Unrast bewegte und die vertrocknete Schicht eines salzigen Nachttaues auf den Lippen bedeckte, prüfte er die ganze saßbare Erde rings um sich, ob sie heut eine Feindin des ihm anvertrauten Schiffes sein würde oder eine Behüterin. Der Kapitän war noch ein Mann von Jugend, und obwohl er am Land viele Frauen zugleich beherrschte, konnte er oft unversehens die Finger in seine Bettlössen hineinkrallen und ausschreien: „Welch ein Hundeleben ohne Weib und Kinder!“

III.

Unermartet erschien der Schiffskellner auf der Deckschwelle der Kajütenzeppe. Horchend legte er die Handmuskeln an das Ohr. Männer und Frauen, Kinder und Tiere, im Schlaf schweigend lag alles. Suchend drehte er die Augen im Kreise herum. Die Glieder, die sich regten, wurden nicht von dem freien Willen, sondern nur wie schlafgebundene Knochenköpfe bewegt. Und kein Zweifel konnte darüber sein, daß nur Mitso, der taubstumme Matrose, noch nicht ent schlummert war. Er war auch nicht in den Winkel gekrochen, der sonst seiner Nachtruhe diente. Er hatte sich

derart auf den Boden hingeworfen, daß seine Blide die ganze Gestalt der Frau, auf die er vorher gespuckt hatte, wie mit Zangen einwickelte. Und nun lebte sein wilder Blick, der brennend quellende Gallerie seiner Reugier und Unrast, an diesem Menschenwesen, das sich noch keine Ruhe gönnte, sondern, übermüdet und fröstelnd, mitten in dem Inselftück seiner Vernehmung wartete. Mit Mühe versuchte sie, ganz und gar in ihren leichten Mantel und in ihr duftiges Kleid hineinzukriechen. Mit Mühe versuchte sie, den Kopf auf die Brust zu senken und die Lider zu schließen. Die kalte Nacht und das innere Angstfeuer rissen ihren Kopf immer wieder empor. Sie rissen ihre Augen immer wieder auf. Sie fürchtete sich vor dem Einschlafen, als wenn ihr irgendeiner all der feindlichen Mitreisenden irgendein überraschendes Weh antun könnte. Und sie sehnte sich trotzdem sehnsüchtig nach Schlaf.

Die Sterne und den Mond, hundertmal hatte sie das Licht über sich ehrfürchtig bettelnd umwandert, damit ihr ein Rat und eine Rettung zuteil würden, wie sie ihren Feinden und Verfolgern entgehen könnte. Aber ihre Angst wurde nicht beseitigt. Nur manchmal seufzte Mitso schwer auf. Nur manchmal rutschte er auf seinen Knien einige Zentimeter spannen weiter zu ihr heran. So tut etwa ein Hund, der nach irgendwelcher Lieblosung vorsichtig tastet. Was der Matrose mit den Augen verriet, was seine Glieder herumwarf, was seinen Atem in Gang setzte, was seine mit Nägelkrallen versehenen Hände bis zum Zerspringen der Haut auf den hölzernen Deckplanen abreiben ließ, das ahnte die geschminnte Frau wohl. Und so wartete sie, zitternd trotz ihrer Regungslosigkeit, daß der Matrose nun bald wie eine Bestie auf sie losspringen würde.

Eine Weile lang kämpften die Augen des Mannes und der Frau erbittert gegeneinander. Aber immer noch wurde der Mann gebündigt, und wenn er sich rührte, so geschah es nur, damit er sich feuchend herumwälzte. Er wurde von seiner Sehnsucht geröhrt und gesehelt. Aber immer noch hielt die Frau ihn zurück.

Da hüpfte der Schiffskellner behende über die schlafenden Menschen und über die schlafenden Tiere. Der Kausch hatte ihn leicht gemacht, und nun stand er neben der geschminnten Frau im Mondschein. Er stand unternehmungslustig neben ihr und schüttelte sie bei der Schulter.

„Du!“
„Geh!“ fuhr sie in die Höhe. (Fortsetzung folgt.)

Die Beteiligung der Arbeiter am Nationaleinkommen

Professor King, ein amerikanischer Gelehrter, teilt in seinem jüngst erschienenen Buch über Reichtum und Einkommen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten unter anderem folgende sehr interessante Statistik mit. Vom gesamten Nationaleinkommen entfielen

Table with 3 columns: Year (1870-1910), Wages and Salaries (Löhne und Gehälter), and Profits and Interest (Zinsen und Profite). Shows percentages of total national income.

Zuerst springt die Tatsache ins Auge, daß vom gesamten Nationaleinkommen kaum die Hälfte in den Händen der Arbeiter liegt. Das Verhältnis wird noch stärker, wenn wir bedenken, daß diese Tabelle das Grundrenteneinkommen, das Renteneinkommen der Bodenbesitzer, nicht einbezieht. Des weitern, daß sich das Einkommen aus der Arbeit im Vergleich zum gesamten Nationaleinkommen während der letzten 50 Jahre nicht erhöht hat. Es ist also die Behauptung falsch, daß ein immer wachsender Teil des Nationaleinkommens der Arbeit zugeführt wird.

Warnung vor Pinkertonern!

Das Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften in Düsseldorf macht in Nr. 9 darauf aufmerksam, daß Reichswehr- und Ortschaftshygiene als Arbeiter in Betrieben eingestellt worden sind, die die Aufgaben haben, die Arbeiterschaft zu beaufsichtigen und das Material ihrer Formationen, mit denen sie in Verbindung stehen, übermitteln. In Bismarck wurden in voriger Woche wieder zwei Offiziere entlassen, die sogar in der gewerkschaftlichen Organisation und in der Partei schon Eingang gefunden hatten.

Ausschluß des Genfer Verbandes

Die vom 3. bis 5. Februar abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Bundes der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten in Braunschweig lehnte den Anschluß an die Einheitsorganisation, den Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten mit 7436 gegen 6491 Stimmen ab. 3 Delegierte mit 786 Stimmen enthielten sich der Abstimmung.

Zur Vorgeschichte dieser Angelegenheit ist folgendes von Interesse: Der Genfer Verband, Landesteil Deutschland, beschloß am 25. März 1919 den Anschluß an die freien Gewerkschaften. Es erfolgte deshalb ein Kartellvertrag mit den Gastwirtschaftlichen. Der Deutsche Köchlerbund beschloß am 9. Mai in Leipzig ebenfalls den Anschluß und zugleich die Verschmelzung mit dem Genfer Verband.

Es gibt demnach von jetzt ab nur eine freie gewerkschaftliche Organisation der Angestellten im Hotels, Restaurant- und Kaffeehausgewerbe und das ist der Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten mit dem Sitz seiner Hauptverwaltung in Berlin N. 24, Chasser Straße 86/88.

Fortschritte der englischen Gewerkschaftsbewegung

Über den Stand und die Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1919 entnehmen wir einer der letzten Nummern des „Korrespondenzblattes der Gewerkschaften“ die folgenden Zahlen:

Im Jahre 1919 bestanden in Großbritannien und Irland 1315 Arbeiterorganisationen. Die Gesamtmitgliederszahl betrug 1919 8 023 761 gegenüber 6 864 901 im Jahre 1918, das ist eine Zunahme von 20,6 v. H. Davon liegt die Zahl der männlichen Mitglieder bei rund 5 423 000 (1918) auf 6 895 000 (1919), bei den weiblichen Mitgliedern war ein An wachsen von 1 222 000 (1918) auf 1 329 000 (1919), das sind 8,8 v. H. zu verzeichnen.

In den ersten Kriegsjahren war eine hemmende Wirkung auf das Wachstum der Gewerkschaften deutlich erkennbar. Erst die Jahre 1917 und 1918 ergaben eine starke Vermehrung der Mitgliederzahlen, die sich noch im Jahre 1919 bedeutend erhöhte.

Eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen von 1918 mit dem Jahre 1913 ergibt einen Anstieg der Mitgliederzahlen von 92 v. H. 1913: 4 173 000, 1918: 8 024 000.

Bei den vorstehenden Zahlen sind auch die in den Kolonien lebenden Mitglieder mit einbezogen, die im Jahre 1919 insgesamt 38 000 betragen.

Ein Vergleich der weiblichen Mitgliederzahlen des Jahres 1919 mit dem Jahre 1913 ergibt eine dreifache Erhöhung. So gab es 1913 438 000 weibliche Mitglieder, hingegen 1 329 000 im Jahre 1919. Der Zuwachs machte in den Jahren 1917 und 1918 40 v. H. aus, während er sich im Jahre 1919 verringerte, da viele Frauen im Wirtschaftsleben durch zurückgekehrte Soldaten ersetzt wurden.

Die Zunahme bei den einzelnen Gewerkschaften verteilte sich fast überall gleichmäßig, nur bei den Straßenbahnern, Bauhilfsarbeitern, Malern und Lederarbeitern betrug sie über 50 Prozent, und die bedeutendste Zunahme ergab sich bei den Bank- und Versicherungsbekleideten.

Gleichlaufend mit dem Anstieg der Mitgliederzahlen ist eine starke Zentralisationsbewegung in den englischen Gewerkschaften zu beobachten. Die Zahl der Verbände nimmt infolge von Verschmelzungen zahlreicher kleiner Organisationen zu großen Zentralverbänden ab.

Moskower unter den Transportarbeitern

Uns wird geschrieben: Die Funktionäre der Sektion 5, Industriebesitzer des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, besetzten am Sonntag, den 8. März, im Gewerkschaftshaus in einer Konferenz den Tätigkeitsbericht der Sektionsleitung und die Vorschläge für die Neuwahl der Sektionsleitung. In der Vollerwartung der Sektionsleiter, in der auch die Richtung Moskau mit 11 Mitgliedern vertreten war, ist die Tätigkeit der bisherigen Sektionsleitung als völlig befriedigend angesehen worden und wurde dies auch von der K. P. D. Richtung anerkannt. Das K. P. D.-Mitglied Paul Kebab, Ökonom der A. E. S. Aderstraße, sprach sich lebhaft über die Tätigkeit der Sektionsleiter aus und hob ihre Verdienste stark hervor.

Die Moskauer in der Gesamtfunktionärskonferenz am Sonntag aber wollen die bisherige Einigkeit der Sektion sprengen. Als Grund dient die Aufwertung der sofortigen Stellungnahme zum „Offenen Brief“. Die Abstimmung ergab jedoch, daß sich von den 24 Anwesenden 123 für, 105 gegen den kommunistischen Antrag erklärten. Nach Bekanntwerden der Resultate gab die Minorität die Erklärung ab, an der Konferenz nicht weiter teilnehmen zu können.

Die Kommunisten hatten damit ihr Ziel erreicht und die bisher bestandene Einigkeit war damit zerfallen. Sie wäre sicher günstig in die Brüche gegangen, wenn nicht letzten Endes einige Besonnenen vorhanden gewesen wären, die auf die getrennten Parteien einwirkten, um sich wieder im Interesse der Arbeiterschaft zu einigen. Nachdem die K. P. D.-Fraktion sich hierzu bereit erklärte, trat die Sektionsleitung sofort zusammen, um zu den Differenzen Stellung zu nehmen. Die Aussprache ergab, daß die Moskower die Erklärung abgaben, von der Ausführung ihres Antrages in der Besprechung des Offenen Briefes in den Sektionsversammlungen Abstand zu nehmen. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, die festgesetzte Tagesordnung ordnungsgemäß zu erledigen. Zu neuen Zusammenstößen kam es bei der Aufstellung der Sektionsleitung. Hierzu präsentierten die Moskauer eine eigene Liste. In geheimer Abstimmung entschieden sich für die Liste 1, Amsterdam: 112, für die Liste 2, Moskau: 111 Stimmen. Die endgültige Entscheidung über die beiden Listen hat die am kommenden Sonntag, den 13. März, vormittags 9 1/2 Uhr, nach der Fidejussur, 8 einberufene Mitgliederversammlung zu treffen. Alle Verhandlungsmitglieder, die in den Groß-Berliner Metallbetrieben tätig sind, haben zu dieser Versammlung zu erscheinen und für die Liste 1, Richtung Amsterdam, einzutreten.

Die Hutmacher für Amsterdam

Am Montag, den 28. Februar, fand eine allgemeine Mitglieder-versammlung des Deutschen Hutarbeiterverbandes, Zentrale Berlin, im Gewerkschaftshaus statt, welche sich mit der Frage Amsterdam oder Moskau zu beschäftigen hatte. Für Amsterdam sprach der Genosse Biska, für Moskau W. Schumacher. — Den Referenten war je eine Stunde Redezeit zugesichert. Von den Kommunisten lagen zwei Resolutionen vor, eine für den Anschluß an Moskau, die zweite für den offenen Brief. Seitens der Verwaltung lag eine Resolution vor, welche sich auf den Boden der Beschlüsse des Londoner Internationalen Gewerkschaftskongresses stellte und aufforderte, in diesem Sinne aufklärend zu wirken. Nach einer ausgiebigen Diskussion erhielt der Korreferent Schumacher das Schlusswort. Infolge der vorgeschrittenen Zeit verzichtete der Genosse Biska auf das Schlusswort. Die Abstimmung ergab mit Majorität die Annahme der Resolution der Verwaltung.

Ungeeignete Musiklehren

Der Deutsche Musterverband macht in seiner Zeitschrift aufmerksam, daß die Schulverhältnisse nicht wohllos den Musikerberuf ergeben zu lassen und insbesondere sind die sogenannten „Stadtpfeiferzelle“ die auf geeignete Auszubereitungsobjekte es abgeben haben, zu melden. Im Verein mit dem Kultusministerium sollen die Orchesterschulen reformiert werden, und im Anschluß an die staatliche Hochschule soll eine solche Schule demnächst in Berlin eröffnet werden, die dann Gewähr bietet, befähigte Jünglinge auszubilden. Lehr- und Unterrichtsmaterial soll unentgeltlich gegeben und eine Reihe von Freistellen sollen geschaffen werden.

Zum Streik in der Mitropa

Am Sonnabend abend tagte die von dem Kartell der im Gastwirtschaftlichen vertretenen Arbeitnehmer-Organisationen einberufene Versammlung des Personal der Mitropa, um zu der Streikfrage Stellung zu nehmen. Nach den Berichten und einer lebhaften Diskussion wurden die nachfolgenden Entschlüsse angenommen: Die am 5. März 1921 im Café Stern tagende Versammlung der gewerblichen und kaufmännischen Angestellten der Mitropa erklärt nach dem Bericht der Organisationsleiter, daß sie gewillt ist, den streikenden kaufmännischen Angestellten die vollste Solidarität zu halten. Die Versammlung ist der Meinung, daß den kaufmännischen Angestellten nicht zugemutet werden darf, wie es die Direktion verlangt, den durch die Schuld der Direktion herbeigeführten Streik abzubrechen, ohne daß über die Forderungen eine Verständigung herbeigeführt ist. Die Versammlung erklärt den kaufmännischen Angestellten, daß das gewerbliche Personal der Mitropa sie in diesem Kampf um ihre berechtigten Forderungen bis zum Ende restlos unterstützen wird.

Die heutige Versammlung des kaufmännischen und gewerblichen Personals hat zur Frage der Weiterführung der Amsterdamer Züge eingehend Stellung genommen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Streik nur im Gebiete des Deutschen Reiches geführt werden soll, und erklärt, daß der Betrieb auf den Amsterdamer Zügen von dem bisherigen Personal aufrecht erhalten wird.

Verbandstag des Luftfahrtpersonals

Der am 1. März in Berlin, Hotel „Russischer Hof“ stattgefundene Verbandstag des „Berufsverbandes für das Luftfahrtpersonal“, beschloß einstimmig die Eingliederung in den „Deutschen Verkehrsverband“, eine gewerkschaftliche Großorganisation, deren Ziel es ist, alle im Transport- und Verkehrsweisen beschäftigten Angestellten zu vereinen. Der frühere Berufsverband wird unter eigener Leitung eine getrennte Abteilung im Deutschen Verkehrsverband bilden, und wird bis zu dessen endgültiger Konstituierung, wie auch andere große Gewerkschaften, einsteifen dem „Deutschen Transportarbeiter-Verband“ sinam und verwaltungstechnisch angegliedert. Die jetzige Organisation erfüllt dementsprechend eine Umgruppierung, indem die bisher dezentralisierte Verwaltung ganz nach Berlin verlegt wird. Bezirksverwaltungen und Ortsgruppen bleiben überall bestehen, resp. werden neu organisiert. Mit überwiegender Mehrheit wurde zum Leiter der Reichsabteilung G. Sedlmayr, Berlin, nebst 5 Beisitzern aus verschiedenen Berufsgruppen (H. Kahl, E. Fröhner, W. Lindsch, H. Mertens) gewählt. Der Berufsverband für das Luftfahrtpersonal hat damit in zielbewußter mehrjähriger Arbeit für seine Mitglieder eine Organisation geschaffen, deren außerordentliche gewerkschaftliche Macht

eine intensive Berufsinteressenvertretung vorläßt. Wie auf der Tagung ausdrücklich betont wurde, legt die jetzige Reichsabteilung auch fernerhin großen Wert auf weiteres kameradschaftliches Zusammenarbeiten mit allen bestehenden Luftfahrerverbänden, die ja im übrigen die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Luftfahrtsorganisation ebenfalls längst erkannt haben. Die Geschäftsstelle befindet sich bis auf weiteres nach wie vor Berlin W. 30, Roskstraße 8.

Der Streik der Stodarbeiter. Die Stodarbeiter Berlins befinden sich seit voriger Woche in einem Abwehrstreik. Die Stodfabrikanten haben den bis zum 15. 2 gültigen Vertrag geändigt, der einige Verbesserungen für die Arbeitnehmer vor sah. Ein Schiedsgericht im Vorjahre (Juli) gefaßt wurde, brachte auch einige Verbesserungen, von denen die Unternehmer nichts wissen wollten. Die Arbeitnehmer versuchen, die Lohnarbeit abzuschaffen und zur Heimarbeit überzugehen. Die Vertragsgestaltung wurde daher mit der Gegenforderung beantwortet: Aufhebung der Heimarbeit, Einführung der Lohnarbeit und Festsetzung eines Grundlohnes gleichbedeutend als Einkunftslohn. Die Unternehmer machten nur Scheinobjektive zur Frage der Heimarbeit, wie aus dem Verhalten der Firma Goldmann ersichtlich ist. In immer größer werdendem Maße gab diese Firma Heimarbeit aus. Die Forderung der Betriebsbelegschaft nach Auslösung besagte diese Firma mit der Erklärung, ohne Heimarbeit nicht existenzfähig zu sein. Die Arbeiterschaft trat deshalb in den Streik. Zur Abwehr dieses Vertriebsversuches sind als Grundlage dieses Abwehrkampfes folgende Punkte aufgestellt: 12 Prozent Lohnzulage, Abschaffung der Heimarbeit, Einführung der Lohnarbeit, wo sie bisher bestanden hat, bleibt sie nur in demselben Rahmen bestehen für die Brandenburger gilt es jetzt, in dem aufgewungenen Kampfe ihren Kampf zu suchen. Die Forderungen bilden eine Lebensfrage für den Beruf und ist es Pflicht der Arbeiterschaft, strenge Solidarität zu üben. Die im Deutschen Holzarbeiter-Verbande organisierten Stodarbeiter versammelten sich am Montag, den 7. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Schulaula Karlstrasse 49, um zu der Situation Stellung zu nehmen.

Verband der Fabrikarbeiter. Am Dienstag, den 8. März 1921, nachmittags 5 Uhr, findet im Saal 4 (großer Saal) des Gewerkschaftshauses, Engelsber 15, die Branchenversammlung der technischen Gummiarbeiter Groß-Berlins, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Seger: „Die wirtschaftliche Lage.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Kollegen Albrecht von der Konferenz in Hannover. 4. Branchenangelegenheiten und Verkehrsberichte. Kolleginnen und Kollegen! Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die Branchenleitung.

K. P. D., Sektion Gastwirtschaftlichen. Mittwoch, den 9. März, findet der Jahrsvormittag statt, dafür am Dienstag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9.

Deutsche Vertreter auf einer Verkehrs-Konferenz des Völkerbundes. In Barcelona findet demnächst eine vom Völkerbund veranstaltete Sitzung über Transport- und Verkehrsfragen statt, zu der auch deutsche Vertreter eingeladen sind, obwohl Deutschland dem Völkerbund nicht angehört. Die deutsche Kommission reist am Montag ab unter Führung von Geh. Rat von Treutler.

Aus den Organisationen

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., Abends 7 Uhr Disputationskonferenz der Arbeiter, Vorhabenstr. 17; 2. Mittw., Abends 7 Uhr Disputationskonferenz der Arbeiter, Baustr. 18; 3. Mittw., Abends 7 Uhr Disputationskonferenz der Arbeiter, Baustr. 18; 4. Mittw., Abends 7 Uhr Disputationskonferenz der Arbeiter, Baustr. 18; 5. Mittw., Abends 7 Uhr Disputationskonferenz der Arbeiter, Baustr. 18.

Mittwoch, 9. März

- List of meetings for Wednesday, 9. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Dienstag, 8. März

- List of meetings for Tuesday, 8. März, including: 1. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 2. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 3. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 4. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8; 5. Mittw., 8. Abteilung, Abends 7 1/2 Uhr Jahrsvormittag des GdV, Charlottenstraße 8.

Die Milliardenzuschüsse an die Reeder

Die Aussperrung in Stettin / Die alldeutschen Provokationen / Heftige Zusammenstöße

Deutscher Reichstag

Die am Freitag von den bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Rechtssozialisten vermittelte Beratung der Abfindung an die Reeder fand am Montag doch statt. Es handelt sich bei dieser Vorlage um erhebliche Zuschüsse, die das Reich den Reedern zum Wiederaufbau der Handelsflotte gewähren soll. Das Bezeichnende an ihr ist die Tatsache, daß sie weder irgendwelche Sicherungen für die Arbeiterschaft der Werften und der Reedereien vorsieht, noch Bestimmungen enthält, die verhindern, daß aus den Zuschüssen ein einträglicher Geschäft für die Reeder entsteht. Aber gerade deshalb entspricht die Vorlage den Wünschen der bürgerlichen Parteien, die, nachdem sie mehrfach den Agrariern auf Kosten der Allgemeinheit Milliarden-Liebesgaben gewährt haben, nun auch die Reeder bedenken wollen. Einer der bürgerlichen Reeder prägte sogar das Stichwort von den „notleidenden Reedern“.

Es war deshalb eine zwingende Notwendigkeit, daß die Vorlage in ihren wirklichen Absichten und Wirkungen beleuchtet wurde. Das geschah in zwei ausgezeichneten Reden der Genossen Vogtherr und Dörmann. Beide verlangten, daß bei der Einzelberatung der Vorlage, sowohl die Interessen der Allgemeinheit als auch die der Arbeiterschaft vollständige Berücksichtigung finden. Darüber hinaus aber wurden die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit in den Werftorten abgespielt hatten, einer trefflichen Kritik unterzogen. Kritisierte Vogtherr das provokatorische Verhalten der Stinnes und Konsortien in Flensburg und Begegnung bei dem Stapellauf von Dampfern und die Aussperrung auf der Vulkanwerft in Stettin, so unterzog sich Dörmann der dankbaren Aufgabe, den Nachweis zu liefern, daß es sich bei all diesen Erscheinungen um ein planmäßiges Vorgehen der Werftgewaltigen handelt, die Arbeiterbewegung zu Boden zu zwingen.

Darin liegt überhaupt die Bedeutung dieser Vorgänge. Die Werftgewaltigen sind immer die größten Schatzkammer gewesen. Sie dienen noch jetzt dem Gesamtunternehmertum als Stoßtrupp zu einer allgemeinen Attacke gegen die Arbeiterbewegung. Mit vollem Recht zog Dörmann deshalb aus diesen Ereignissen die Konsequenzen gegen links und rechts. Den Kommunisten Reich, der natürlich nur auf die Gewerkschaftsführer zu schimpfen wußte, verwies er darauf, daß doch der Reichstag wirklich nicht der Ort sei, wo man die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterklasse zum Austrag bringe. Und dem demokratischen „Arbeiterführer“ Erkelenz erteilte er eine kräftige Abfuhr, weil er die Aufgabe in sich gefühlt hatte, den Werftgewaltigen in Stettin zu Hilfe zu eilen, obwohl kein Zweifel daran besteht, daß diese von Anfang an die Absicht hatten, aus einem nebensächlichen Anlaß eine große Kampfkampagne gegen die Arbeiterschaft einzuleiten.

Am Schluß der Sitzung gab es noch einen jener heftigen Zusammenstöße zwischen der Linken und der Rechten, wie sie sich in den letzten Tagen bereits mehrfach abgespielt haben. Den Anlaß dazu suchten die beiden Rechtsparteien in einer Geschäftsordnungsbemerkung des Genossen Ledebour, der mit scharfen Worten kritisiert hatte, daß der den Abgeordneten überreichte „Wortlaut“ der Rede Lloyd Georges in der deutschen Uebersetzung einige sehr wichtige Stellen nicht enthielt. Ledebour forderte von der Regierung sofortige Auskunft darüber. Seine Ausführungen wurden bereits durch das Toben der Rechten unterbrochen, so daß er Mühe hatte, sich in dem wirren Lärm, der sogar den Vizepräsidenten Dr. Bell Veranlassung gab, sich gegen die Rechte zu wenden, Gehör zu verschaffen. Gegenüber dem Vorwurf des Vizepräsidenten Heinze, Ledebour sei ja gar nicht an der Aufführung der Rede gelegen gewesen, erhob Ledebour energisch Einspruch. Er ist erst im letzten Augenblick auf das Fehlen dieser wichtigen Stelle in der deutschen Uebersetzung aufmerksam gemacht worden. Er hätte deshalb gar keine Möglichkeit gehabt, sich vor der Aufführung bei der Regierung zu verschaffen. Daß er sich sofort zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet habe, sei dem bei seiner Partei selbstverständlichen Bestreben zu danken, den Wortlaut aufzuklären, damit im Auslande aus ihm keine falschen Schlüsse gezogen werden. Das sei gerade in der gegenwärtigen gespannten politischen Situation notwendig. Seine Partei lege es als ihre Aufgabe an, alles zu tun, was die von der Reaktion beabsichtigte Völkerverehrung unmöglich machen könne.

Der Sitzungsbericht

Präsident Lobe gibt vor Eintritt in die Tagesordnung die Namen der am 20. Februar in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und auf den Reichsinseln neugewählten Reichstagsabgeordneten bekannt; von den Unabhängigen sind das die Abg. Aushäuser und Süßmann.

Der Reeder-Abfindungsvertrag

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reeder-Abfindungsvertrages, der am 23. Februar 1921 zwischen dem Deutschen Reich und der Reeder-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg abgeschlossen wurde. Das Reich zahlt danach der Reeder-Treuhand-Gesellschaft 4,7 Milliarden Mark als einmalige Abfindung für alle Rechte, Ansprüche und Anwartschaften, die Eigentümern deutscher Handelsflotten und Schiffbauern zufließen. Die Gesamtabfindung muß zum Bau und Kauf von Ersatzschiffen von den einzelnen Reedereien verwendet werden, mindestens 90 Prozent davon für Ersatzbauten auf deutschen Werften, ferner muß aus diesen Mitteln mindestens ein Drittel der Schiffsverluste innerhalb von 10 Jahren vom 10. Januar 1920 ab wieder aufgebaut werden. Wenn aus der Abfindung mehr als die Hälfte der Schiffsverluste wieder beschafft werden kann, so ist die Gesamtabfindung insoweit bis zur Höhe von 2 Milliarden Mark zurückzuführen.

Staatssekretär Müller empfiehlt die Vorlage. Der Vertrag verfolgt zwei Ziele: er will zunächst uns die Möglichkeit einer eigenen, allerdings sehr bescheidenen kleinen Handelsflotte verschaffen, und dann will er unter dem Gesichtspunkt der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Arbeiterschaft Steuern.

Abg. Schumann (Soz.): Die Haltung der an diesem Vertrage interessierten Unternehmungskreise muß uns beinahe bestimmen, das Abkommen zu verwerfen. Diese Kreise, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben, wollen immer noch den Standpunkt des Herren-im-Hause hervorkehren. Sie sind es, die den Schiffen, die uns im Auslande vertreten sollen, jetzt die Namen von Vertriebenen des imperialistischen Systems geben. Gegen ein solch verbrecherisches Vorgehen muß auf das Schärfste protestiert werden. Bezüglich der Einzelheiten, besonders der Höhe der Abfindungssumme, behalten wir uns unsere Stellungnahme vor. Wir fordern die Mitwirkung des Reichstages bei der Ausführung des Vertrages und die Beteiligung der interessierten Arbeiterschaft auf paritätischer Grundlage. Im übrigen beantragen wir die Verweisung an den Hauptausschuß.

Abg. Dr. Reichert (Dnt.): Die Kritik an den Schiffstauen ist unberechtigt. Es würde im Auslande auch dann Anstoß erregen, wenn man die Schiffe „Kulturminister Adolf Hoffmann“ oder ähnlich nennen würde. (Zuruf links: Oder von den Kerfch? — Unruhe rechts!) Den Reedern muß weitgehend die Freiheit für die Verwendung ihrer Gelder und für die Wahl der Bauart gewährt werden.

Abg. Kähler (Z.): Wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber und wünschen im Ausschuss noch nähere Aufklärungen über Einzelheiten.

Abg. Vogtherr (U. Soz.):

Der Verlust unserer Handelsflotte ist darauf zurückzuführen, daß wir die durch den verdrängerischen U-Boottkrieg vernichteten Handelsflotten feindlicher Staaten ersetzen mußten. Der Wunsch nach dem Neubau einer Handelsflotte ist nicht nur bei den Arbeitern der Werften und Schiffbauereien vorhanden, sondern er kommt auch bei den Großindustriellen unverhohlen zum Ausdruck, die aus den Milliarden des Reiches ihre Profite ziehen. Die Vorlage ist völlig im Dunkel und unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereitet worden. Auf die hohen Liquidationssummen genehigen die Reeder dann auch noch fast vollständige Steuerfreiheit, indem ihnen die Wertzuwachssteuer, das Reichsnotopfer, die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer erlassen wird. Von all diesen Steuern werden die Reeder durch dieses Abkommen befreit. Das bedeutet einen

Milliarden-Steueranfall für das Reich

und ein gleichzeitiges Steuererlösnis an die Großkapitalisten, das schon im Interesse der Reichsfinanzen unmöglich ist. Dieses Steuerprivilegium muß aufs genaueste geprüft und beseitigt werden. Eine eigentümliche Sache ist es auch mit dem fünfmilliarden-Ersparungs-Fonds zur Entschädigung der Reeder. Diese Summe bedeutet etwa den vierfachen Friedenswert der ausgelieferten Schiffe. In dem Wiederaufbau der Handelsflotte besteht ein allgemeines Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes, der Wiederaufbau darf sich deshalb nicht im Interesse einzelner großkapitalistischer Spekulantien vollziehen, der Privatgewinn muß ausgeschaltet werden. Auch sind dabei vorbildliche Arbeiterverhältnisse zu schaffen. Ich muß nun auf die Vorgänge zu sprechen kommen, die sich innerhalb der letzten Zeit ereignet haben, so auf das

Verhalten der Werftdirektion der Stettiner Vulkanwerft.

Es handelte sich bei der zu der Aussperrung der Arbeiter führenden Bewegung zunächst nur um die belanglose Sache der Aufnahme eines Werkmeisters. Am 20. Februar 1920 ist den Arbeitern das Recht zugesichert worden, daß die Einstellung von Vorgesetzten nur nach erzielttem Einverständnis zwischen der Direktion und den Betriebsräten erfolgen solle. Diese Vereinbarung hat die Direktion ohne weiteres verkehrt, und die Kreise, denen ihr Herrenstandpunkt wichtiger ist, als die Hebung der Produktion kritisierte sofort zur Aussperrung von 6500 Arbeitern. Es folgten Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Direktion unter Mitwirkung von Regierungsvertretern. Nachdem in fünf Hauptpunkten eine Einigung erzielt worden war, benutzte die Direktion einen ganz nebensächlichen Punkt, um die Verhandlungen abubrechen. Es ist bezeichnend, daß schon während der Verhandlungen von der Direktion ein Plakat gedruckt worden war, in dem die Schuld an dem Zerbrechen der Verhandlungen den Arbeitern zugeschrieben wurde. Auch die Regierungsvertreter haben aus dieser Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß

die Werftdirektion nicht die Verständigung, sondern den Kampf wollte.

Daraufhin trifft die Stettiner Arbeiterschaft zum Generalstreik, für den selber die Verhältnisse noch nicht reif waren. Die Kreise, die die Konflikte mit den Arbeitern provozieren, können ihren Geist nicht besser lenken, als daß sie ihre Handelsschiffe mit dem Namen eines offensbaren Kriegsverbrechers benennen. (Wut-Rufe rechts.) Das ist eine Provokation der Arbeiterschaft und niemand kann der Arbeiterklasse deutscher zugehen als Hugo Stinnes, wo wir uns befinden. (Rechter polemisiert dann gegen die Flensburg-Rede von Tirpich.) Die Namen der Kriegsverbrecher auf den neuen Schiffen sind auch eine Provokation des Auslandes. Als sich der Betriebsrat der Bremer Vulkanwerfte in einer Eingabe gegen verärgerte Schiffstauen an die Direktion wandte, wurde ihm bedeutet, daß Stinnes der Bauherr sei und diese Benennung wünschenswert; er würde sich sonst an eine Werft wenden, die seinen Wünschen entspricht. Wenn man auf diese Weise fortfährt, die Schiffe zu benennen, so wird man bald das

ganze Verbrecheralbum beisammen haben.

Die Proteste der Arbeiterschaft gegen solche Schiffstauen sind berechtigt. (Rechter verliest die Eingabe des Betriebsrates der Bremer Vulkanwerft in der in ruhiger und sachlicher Weise die inner- und außenpolitischen Gefahren der alldeutschen Namensgebung dargelegt werden.) (Heftiger Ruf dazu: Das ist kein Herren-, sondern ein Knechtsstandpunkt!) Das ist weder ein Herren-, noch ein Knechtsstandpunkt, sondern der Standpunkt eines Arbeiters, der seine fünf gesunden Sinne beisammen hat und sich weder durch chauvinistische noch alldeutsche Nachschäufeln dazu veranlassen läßt, die Interessen der Stinnesleute zu vertreten. Es ist eine der Hauptbedingungen für die Anbahnung des internationalen Handelsverkehrs, unsere Flotte nicht mit Namen zu belegen, an denen der Fluch von Millionen Kriegsgeldern hängt. (Wut-Rufe rechts, Beifall b. d. U. S. und Komm.)

Abg. Hesse (Dem.): Es errät weder nationales Tagelohn, ein Schiff mit dem Namen Tirpich zu belegen, ebensowenig aber auch den Vorgang in Flensburg immer wieder an die Öffentlichkeit zu setzen.

Abg. Gildemeister (D. Sp.): Das Uebertuerungsabkommen als ein Geschenk an die Reeder hinzustellen, ist völlig verkehrt, denn die ausgelieferte Flotte fällt unter das Einigungsgebot. Die gewährte Entschädigungssumme reicht nur dazu aus, ein Drittel der Handelsflotte wieder aufzubauen. Wir stimmen dem Vertrag zu.

Abg. Reich (Komm.): Gerade die Reeder, die vor dem Kriege Riesengewinne in ihre Taschen steckten, weigern sich jetzt, im Interesse des Vaterlandes Opfer zu bringen. Man hat zwar ein weiches Herz für die Reeder, aber nicht für die Seeleute, die keine Arbeit und nur geringe Unterstüßungen bekommen.

Abg. Erkelenz (Dem.): Vogtherr's Darstellung ist falsch. Die freien Gewerkschaften haben dann auch eine Beteiligung am Generalstreik abgelehnt.

Staatssekretär Müller: Unrichtig ist die Behauptung, daß für die Seeleute nichts geschehe. 60 Millionen Mark stehen als Beihilfe zur Verfügung, und der Geschäftsausschuß zur Festlegung der Beihilfe für den Einzelnen hat seine Tätigkeit schon begonnen.

Abg. Dörmann (U. Soz.): Die Vorlage zeigt in manchen Punkten unter falscher Flagge, in ihr steht nichts von der Begründung der Erwerbslosenfürsorge. Jedenfalls müssen im Auslande Kautelen geschaffen werden, daß über das Notwendige zum Wiederaufbau der Handelsflotte hinaus nichts bewilligt wird. Profite dürfen hierbei nicht erzielt werden. Die Reeder müssen sich der neuen Zeit anpassen. Die Milliarden des deutschen Volkes dürfen auf keinen Fall dazu dienen, dem Kapital den Rücken zu kehren gegen die Interessen der Arbeiterschaft und der Gesamtheit.

Keine Unternehmerricht ist so brutal und rücksichtslos wie die Reeder.

Die Darstellung des Abg. Erkelenz über den Generalstreik ist falsch. Die hiesigen Dunderschen Gewerkschaften haben keine Liste eingereicht. (Hört, hört! links.) Die Betriebsleitung hat aber das Abkommen durchbrochen. Dagegen richtete sich der Widerstand der Schiffbauern. Daraufhin kam die Aussperrung die mit dieser Frage gar nichts zu tun hatte, denn die Betriebsleitung forderte eine Verschlechterung der Lohnbedingungen und wollte solche Arbeiter nicht wieder einstellen, die während des Streiks irgend jemand „belästigt“ hätten. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Das wäre doch eine Vollmacht für Maßregelungen. Man sollte überhaupt keine Zugeständnisse machen. Wenn man uns hier vorwirft, daß wir mit unserer Debatte über Stettin die Situation in London nicht berücksichtigt hätten, so hätte man das den Herren Werftbesitzern in Stettin und Flensburg sagen sollen. Rechter polemisiert dann gegen die Abg. Reich und Erkelenz. Erkelenz habe sich durch seine Ausführungen als Handlanger des Schmarbentums gezeigt, gegen das doch gegenwärtig die einheitliche Front des Proletariats dringender notwendig sei. (Lebhaftes Hört, hört! links.)

Abg. Damm (D. Sp.): Die Reeder haben vor dem Kriege keineswegs Riesengewinne gemacht. Wir brauchen unbedingt eine deutsche Handelsflotte. — Die Vorlage wird dem Hauptausschuß überwiesen. — Es folgen Ergänzungen zu den Reichshaushaltsplänen des Reichswehrministeriums, des Reichsjustizministeriums und der Haushalte für die Ausführungen des Friedensvertrages; sie werden ohne Aussprache angenommen.

Bei dem Haushalt des Reichsschatzministeriums, entspringt sich eine Debatte über die „Deutschen Werke“, an der sich auch der Reichsschatzminister von Raum er beteiligt.

Der Präsident schlägt Vertagung vor.

Abg. Ledebour (U. Soz.) zur Geschäftsordnung:

Meine Partei verlangt sofortige Aufklärung von der Regierung über die Tatsache, daß in den dem Reichstage überreichten Drucksachen Lloyd Georges Rede vom 3. März unter der Ueberschrift „Wortlaut der Rede“ veröffentlicht worden ist, trotzdem aber eine ganze Seite des englischen Textes in der deutschen Uebersetzung fehlt. Von hoher Tragweite sind die Ausführungen Lloyd Georges deshalb, weil nach seiner Ansicht Deutschland nicht mit genügend Steuern befaßt ist. Diese Veröffentlichung unter der Ueberschrift: „Der Wortlaut“ ist eine unverantwortliche Fälschung. (Große Unruhe.) Wir verlangen von der Regierung, sofort den vollständigen Wortlaut bekanntzugeben und sich über ihr unverantwortliches Vorgehen zu äußern. (Große Unruhe rechts, die den Redner dauernd gestört haben.)

Vizepräsident Dr. Bell: Ich ersuche in dieser ersten Stunde (gegen rechts) nicht solche Zwischenfälle herbeizurufen. (Beifall.)

Abg. Eberling (D. Sp.): Jeder verständige Mensch muß sich doch fragen, daß es sich bei den fehlenden Sätzen einfach um ein Versehen des Setzers handelt.

Vizepräsident Dr. Heinze: Meinem Wissens hat der ganze Waffus, von dem der Abg. Ledebour behauptet, er sei unterdrückt worden, in der Presse gestanden. Im übrigen wolle ich den Vorwurf zurück, daß die Regierung entscheidende Stellen böswillig unterdrückt hat.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich kann nicht behaupten, daß die Regierung selbst die Fälschung veranlaßt hat, aber ihre Verantwortung haben es getan.

Vizepräsident Heinze: Der Abgeordnete Ledebour hätte über die dunkel und finstere erscheinende Angelegenheit Auskunft bekommen können, wenn er sich an die Regierung gewandt hätte. Da er das nicht getan hat, kann ich nicht annehmen, daß ihm an einer Aufklärung der Sache gelegen war.

Abg. Haußmann (Dem.): Wir wollen die Kritik nicht beschränken, aber in der ersten Stunde, in der wir uns befinden, können wir dem Abg. Ledebour nicht den Vorwurf eripieren, daß er sich zu leidenschaftlichen Anklagen gegen die Regierung hinreißen ließ, ohne die Sache näher geprüft zu haben. Er fällt der Regierung in dem Augenblick in den Rücken, wo das eine schwere Verurteilung an den Interessen des deutschen Vaterlandes bedeutet. (Lebhaftes Hört, hört und in der Mitte, Widerspruch auf der Linken.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Mit meinen Ausführungen wollte ich der Völkerverehrung dienen und der falschen Auslegung der Tatsache der unvollständigen Uebersetzung vorbeugen. (Zuruf: Maul halten!) Unsere Pflicht ist es, die Reaktion bei jeder Gelegenheit zu bekämpfen.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Entlastung der Gerichte, Weiterberatung. Schluß 8 Uhr.

Wucherpreise für das Reich

Hauptausschuß — Verkehrsministerium

Eine ausgedehnte Debatte über technische Einzelheiten fand gestern statt, wobei von Degler (Dnt.) und Wieland (Dem.) verlangt wurde, daß die Reparaturarbeiten an Lokomotiven in höherem Umfang der Privatindustrie übergeben und Reichswerkstätten abgebaut werden mögen. — Genossin Fiebig wendete sich nachdrücklich gegen dieses Verlangen und bestritt, daß die Privatindustrie billiger arbeite als der Staatsbetrieb. Wo das wirklich einmal der Fall sei, sei nicht die staatliche Regie, sondern die bürokratische Leitung schuld. Eine Verwirklichung dieser Form, die der Initiative der Arbeiter und Beamten Raum gebe, würde die Rentabilität bedeutend steigern. Aber auch schon heute sei die Privatindustrie mit ihren hohen Unternehmerrisiken um 10 Prozent teurer, was bei der Finanznot des Reiches besonders zu berücksichtigen sei.

Brunner (S. P. D.) bestritt einen Fall, der die Richtigkeit der obigen Darlegungen bestätigte. Bei der Vergabe von Materialarbeiten wurden diese Arbeiten einer Firma zugesprochen, die für das Kilogramm Farbe 26,3 berechnete, während eine andere Firma, die 13 pro Kilogramm berechnet hatte, abgewiesen wurde, wodurch die Staatskasse um mehr als 1 Million Mark geschädigt wurde.

TRADITION

PROBLEM

Garantiert erste Qualität



Genosse Breunig protestiert lebhaft gegen die Absicht, 46 000 Arbeiter und Beamte zu entlassen, darunter 29 000 Werkstatt- und 11 000 Streckenarbeiter. Die letzteren sind heute schon erheblich überlastet gegenüber der Vorkriegszeit, und unser Redner führt den Nachweis, daß in einer Reihe von Fällen, so in Kreisfeld-Oppum, Rohmaterial im Werte von mehreren Millionen dem Verderben preisgegeben sei. Bezüglich der Reparaturen in den Privatwerken weist Genosse Breunig darauf hin, daß der Konflikt in den A m b l - Werken in der Hauptsache auf das Geschäftsgebahren der Firma zurückzuführen sei. Die Firma habe im November vorigen Jahres 600 Arbeiter beschäftigt, während sie heute 2900 beschäftige, und daß diese Vermehrung der Belegschaft trotz Protestes des Betriebsrates vorgenommen wurde. Es liegt die Vermutung nahe, daß es der Firma vor allem darauf ankam, der Eisenbahnverwaltung recht viele Arbeitsstunden in Rechnung stellen zu können. Ferner weist er darauf hin, daß, wie sich aus dem Etat ergibt, bei der Lebensmittelversorgung 109 Millionen den Schiebern in die Tasche geflossen sind. Er weist ganz besonders auf einen Fall in Frankfurt a. Main hin, wo circa 15 Millionen für minderwertige Schuhe und Kleider ausgegeben wurden.

Der Regierungsvorsteher mußte diese Angaben im wesentlichen bestätigen. Bezüglich der Lebensmittelversorgung wurde mitgeteilt, daß die Verwaltung nicht die Absicht habe, die Gründung von besonderen Eisenbahner-Konsumvereinen zu begünstigen.

Die Provinziallandtagswahlen

Vorläufiges amtliches Ergebnis

I. Provinz Ostpreußen:

28 Deutschnationale, 12 Deutsche Volkspartei, 8 Zentrum, 6 Demokraten, 20 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige Sozialdemokraten, 6 Kommunisten, 1 Pole, zusammen 85 Abgeordnete.

II. Provinz Brandenburg:

15 Bürgerliche Vereinigung, 16 Deutschnationale, 11 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 6 Demokraten, 31 Sozialdemokraten, 8 Unabhängige Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, 1 Wirtschaftspartei, zusammen 92 Abgeordnete.

III. Provinz Pommern:

31 Deutschnationale, 10 Deutsche Volkspartei, 2 Demokraten, 21 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, zusammen 71 Abgeordnete.

IV. Provinz Niederschlesien:

24 Deutschnationale, 10 Deutsche Volkspartei, 17 Zentrum, 8 Demokraten, 43 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger Sozialdemokrat, 2 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, zusammen 108 Abgeordnete.

V. Provinz Sachsen:

11 Deutschnationale, 10 Deutsche Volkspartei, 17 Nationaler Ordnungsbund, 5 Zentrum, 11 Demokraten, 2 Landbund, 25 Sozialdemokraten, 12 Unabhängige Sozialdemokraten, 17 Kommunisten, zusammen 110 Abgeordnete.

VI. Provinz Schleswig-Holstein:

Amtliche Angaben fehlen noch, nach Zeitungsmeldungen sind abgegeben worden: 290000 sozialistische Stimmen, 295 000 nicht-sozialistische Stimmen.

VII. Provinz Hannover:

7 Deutschnationale, 16 Deutsche Volkspartei, 24 Zentrum und Deutsch-Hannoveraner, 5 Demokraten, 13 Bürgerliche ohne Parteiangabe, 37 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige Sozialdemokraten, 4 Kommunisten, zusammen 109 Abgeordnete.

VIII. Provinz Westfalen:

12 Deutschnationale, 18 Deutsche Volkspartei, 50 Zentrum, 5 Demokraten, 31 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige Sozialdemokraten, 10 Kommunisten, 2 Polen, zusammen 134 Abgeordnete.

IX. Rheinprovinz:

14 Deutschnationale, 1 Arbeitgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Demokraten), 73 Zentrum, 1 Christliche Volkspartei, 5 Demokraten, 25 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige Sozialdemokraten, 14 Kommunisten, zusammen 189 Abgeordnete.

X. Bezirksverband Cassel (Kommunallandtag):

2 Deutschnationale, 2 Deutsche Volkspartei, 16 Bürgerliche Arbeitgemeinschaft, 7 Zentrum, 4 Demokraten, 18 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger Sozialdemokrat, 2 Kommunisten, zusammen 52 Abgeordnete.

XI. Bezirksverband Wiesbaden (Kommunallandtag):

7 Deutschnationale, 11 Deutsche Volkspartei, 13 Zentrum, 6 Demokraten, 18 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 1 Nassauer Landwirt, zusammen 61 Abgeordnete.

XII. Provinz Hessen-Nassau (Provinziallandtag - Kommunallandtag Cassel und Kommunallandtag Wiesbaden):

9 Deutschnationale, 13 Deutsche Volkspartei, 10 Bürgerliche Arbeitgemeinschaft, 20 Zentrum, 10 Demokraten, 36 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige Sozialdemokraten, 4 Kommunisten, 1 Nassauer Landwirt, zusammen 113 Abgeordnete.

Unerthalt Milliarden für die Bergarbeiterwohnungen

Durch die Vermehrung der Belegschaften im Kohlenbergbau ist die Wohnungsnot gerade in den Bergbaubezirken eine besonders große. Zu Zehntausenden müssen die Bergarbeiter und ihre Familien in elenden Baracken hausen. Nun sollten zwar aus der besonderen Kohlenabgabe für die Lieferungen an die Entente größere Mittel für den Bau von Bergarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden, aber teils wurden die Abgaben nicht zu dem angeführten Zwecke verwendet, wie sie andererseits nicht hinreichend sind, um der Wohnungsnot in den Bergbaubezirken auch nur annähernd zu steuern. Infolgedessen will jetzt der Reichsarbeitsminister unerthalt Milliarden für Bergarbeiter verlangen. Die Verzinsung und Tilgung dieser Summe soll aus dem Kohlenabgabefonds erfolgen.

Wrangel in Budapest. In Bestätigung einer Meldung der Prager Tribuna wird aus Budapest berichtet, daß General Wrangel in den nächsten Tagen in der ungarischen Hauptstadt erwartet wird, wo er mit der ungarischen Regierung über die geplante gemeinsame Aktion gegen Sowjetrußland Beratungen pflegen will. Zwischen den Vertretern Wrangels und den Vertrauensleuten Hortys sind schon seit Wochen Verhandlungen über dieses Thema im Gange. Die Vermittlerrolle spielte dabei der General Fouché, das Haupt der in Budapest befindlichen französischen Militärmission.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Kaminer, Berlin. — Verlags-gesellschaft „Freiheit“, z. B. m. h. B., Berlin. — Druck der „Freiheit“, Postfach 6. m. h. B., Berlin C2, Breite Straße 80.

Sieben erschien:

Agrarfrage und Sozialismus

Von Alexander Stein

Preis 2.50 Mark.

Organisationen Preisermäßigung.

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2

Diese konkurrenzlosen Preise zahlen Sie im Schuh-Engroslager KAATZ Münzstr. 10 1 Treppe

| | |
|---|-------------------------------|
| Damenhochschaffstiefel | von Mt. 73.50 |
| Damen-Schnür- oder Spangenschuhe | von Mt. 68.00 |
| Herrenstiefel durchgehend | von Mt. 110.00 |
| Herrenstiefel Randarbeit | Mt. 166.00 |
| Damen-Lack-(Schnür-, Spangen-, Salon-)Schuhe | von Mt. 96.00 |
| Damen-, Herren-, braune Stiefel und Schuhe | von Mt. 75.00 |
| Ein Posten Kinderstiefel, braun Fohlleder, Nr. 27 bis 35, mit kleinen Fehlern, statt Mt. 110.00 nur Mt. 65.00 | |
| Weißer Leinen-Schnür- und Spangenschuhe | von Mt. 33.00 |
| Plüschpantoffel mit Filzsohle | statt Mt. 25.00 nur Mt. 12.00 |
| Turnschuhe, Kinder, Damen | nur Mt. 20.00 |

Redakteur und Administrator gesucht!

Wir suchen für unser demnächst erscheinendes sozialdemokratisches Tagblatt (Anhänger der Wiener Konferenz)

einen leitenden Redakteur.

Schriftliche Offerten sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der proletarischen Bewegung und Presse und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens 31. März 1921 an die Kreisorganisation in Ulm, Altmühlstr. 8, zu richten. Der Redakteur muß der tschechischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein.

Administrator!

Bewerber um diesen Posten, die mit der modernen kaufmännischen Buchhaltung vertraut sind und organisatorische Kenntnisse besitzen, auch bereits in ähnlicher Stellung tätig waren, wollen ihre eigenhändig gefertigten Offerte bis längstens 31. März 1921 an die oben angeführte Kreisorganisation einreichen. Kenntnis der tschechischen Sprache erwünscht.

Abrechnung mit den Rechtssozialisten

Von Artur Crispian / Mark 1.00

Der moralische Zusammenbruch der SPD.

Mark 0.75

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten

Von Heinrich Ströbel / Mark 2.00

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

Geschlechts-

krankheiten, wenn alles andere versagt, nachweisbar noch Hilfe im Natur-Institut (deutsche Zeitung), Wilmersplatz 3, (Hofsch. Tor 10-1) 1-8, Sonn. 11-1. Sammler separat. Jeder Kranker verlangt Dr. med. Ludwig Böhler, 126 im verschlossenen Umschlag ohne Nachdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Rekonvaleszenten

Bitterme und Kräfte trinkt



Depot: Bagatz, 34, Nord. 1. 1025

Möbel

Jeder Art bei kleiner Anzahlung und bez. am. zahlung Möbels Haus Andreasstraße 28 Nur 1 Treppe Strengste Diskretion!

Händler! Händler! Eise und Reinigungsmittel sehr billig Doppelpiegel 2.70 Mark 21. Frankfurt. Str. 13 11. Eise Panzberger Str.



VOLLBIER: PILSATOR BÖHMISCH DUNKEL in Flaschen, Kannen, 'yphona, überall erhältlich.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Seit 70 Jahren in San. Nat. Dr. Strahl's Hausfabrik

b. Sautauschl., Med. Dr. Wein u. Reampf, aderschwärz., Kreis- schäden, Hämorrhoiden, ein beständiges und schnellwirkendes Mittel. Org. + Tele 6.23 u. 12.000. Elekanten + Apotheken, Berlin C2, 101 Leipziger Straße 74 (Hofsch.)

Gänsefedern 100erl., 200erl., 300erl., 400erl., 500erl., 600erl., 700erl., 800erl., 900erl., 1000erl., 1100erl., 1200erl., 1300erl., 1400erl., 1500erl., 1600erl., 1700erl., 1800erl., 1900erl., 2000erl. Paul Pangelow Wriessau 14.000

Strindberg Ausgewählte Romane

1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen

5 Bände 72 Mk. Gebunden

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C2, Breite Str. 8-9 Auch in allen Expeditionen

1
2
3
4
5

Dann fockt nimmt's ein schlimmes Ende . . .

Oms, Bin.-Stegilz